

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich 16.-
vierteljährlich 48.-
halbjährlich 92.-
jährlich 182.-

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlösung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich.

4. Jahrgang.

Freitag, 7. November 1924.

Nr. 261.

18:14.

Der zu Ende gegangene Parteitag der R. P. C. hat hinter hermetisch geschlossenen Türen getagt. Am Tore des Kongresssaales fehlte nur die Tafel: „Unberufenen ist der Zutritt verboten!“ Und als Unberufener, dem jeder Blick auf die Versammlung der Dalei Lamas verboten war, galt jeder, der sich nicht mit einem Mandat als ein auf Herz und Nieren geprüfter kommunistischer Delegierter ausweisen konnte. Aber wenn auch diese Tafel fehlte, in der Pragis wurde nach ihrem Gebot verfahren: andere Pressevertreter als kommunistische wurden zu dem Kongress nicht zugelassen. Die vielgerühmte, mächtige kommunistische Partei der Tschechoslowakei verträgt nicht einmal, daß ihre Tagungen unter den Augen der Öffentlichkeit abgehalten werden. So weit ist es mit ihr gekommen! Die Darstellung der Beratungen und der Vorgänge auf dem Kongresse haben seine Veranstalter selbst in die Hand genommen und man ist daher, will man sich über den Verlauf des Kongresses informieren, auf die nach den Bedürfnissen der kommunistischen Partei zurechtgerichteten offiziellen Berichte angewiesen. Die vorsichtigen wilden Revolutionäre haben sich als Zensoren etabliert, die aus den Parteitagberichten alles herausstrichen, was über den Parteitag ein wahrheitsgetreues Bild gegeben hätte.

Aber wie man auch die Berichte über den Parteitag von seinen Schönheitsfehlern zu reinigen suchte und ihn auf den Glanz herzurichten bestrebt war, die Flecken waren doch nicht ganz wegzubringen und selbst das Wenige, was man zu berichten für gut befindet, genügt, um die Ueberzeugung zu gewinnen: würde das Ganze bekannt werden und würden die kommunistischen Arbeiter alles erfahren, was auf dem Kongress vor sich ging, sie würden mit Widerwillen und Abscheu aus der Partei davonlaufen, auf die sie einstmal alle Hoffnungen und Sehnsüchte eingestellt hatten und die heute das Bild streitender und baldender Wirtschaftsbilder bietet. Jedem Arbeiter, der noch an den bolschewistischen Illusionen krankt, den Bericht über den Parteitag zu lesen zu geben, wäre das wirkungsvollste Mittel, ihn von dem bolschewistischen Irrwahn gründlich zu heilen. Er würde gewahr werden, daß auf dem Kongress nicht eine einzige wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Frage verhandelt wurde und sein Inhalt vom Anfang bis zum Ende lediglich Streit war. Streit um Smeral, Streit um Kreibich, Streit um die Exekutive und Streit um die Taktik. Nicht Meinungsverschiedenheiten, wie sie auf jedem Kongress, der eine lebendige Körperschaft ist, austauschen, sondern Streit, der aus einer Partei fließt, die zerfahren und in sich uneinig ist, die über Grundsätze, Wege und Methoden von den größten Gegensätzen erfüllt ist. Der Kongress kam über die Verhandlung des ersten Punktes der Tagesordnung, die Besprechung der Taktik der Partei, nicht hinaus, der wußte, gehässige Punkt, ob Smeral recht habe oder Sinowjew, daß die übrige Tagesordnung auf.

Doch was noch weit ärger ist als dieser Haber der Erwählten der kommunistischen Partei, das ist, daß der Kongress die tiefe Kluft aufgezeigt hat, die zwischen dem rechten und linken Flügel der Partei gähnt und die der Kongress keineswegs überbrückt hat. Im Gegenteil, er hat die Gegensätze erst recht aufgerissen und hat sie verstärkt, indem er zur Leitung der Partei eine Exekutive berufen hat, deren Zusammensetzung für die innere Uneinigkeit der Partei erst recht die Bürgschaft ist. Der Moskauer Kreml, unzufrieden mit der Führung der R. P. C., die, obwohl lange Zeit hindurch Massenpartei im wahren Sinne des Wortes, doch nichts für die Eroberung der Staatsmacht getan, sondern mit opportunistischen Mitteln nur Stimmen- und Wählerfang getrieben hatte, wollte ursprünglich Smeral wie Kreibich als die für die Führung Verantwortlichen, über die Klinge springen lassen, aber er

Baldwins Kabinett.

Churchill — Schatzkanzler, Chamberlain — Außenminister, Birkenhead — Indien, Curzon — ohne Portefeuille.

London, 6. November. Die Mitgliederliste der neuen Regierung wurde vom König genehmigt und wird Freitag früh veröffentlicht werden. Sie lautet folgendermaßen:

- | | |
|--|--|
| Premierminister, Erster Lord des Schatzes
und Führer der Regierungspartei im Unterhause
— Stanley Baldwin.
Staatssekretär des Äußern — Außenminister
Chamberlain.
Lordgeheimsekretär — Salisbury.
Lordpräsident des Geheimen Rates und
Führer der Regierungspartei im Oberhause —
Curzon.
Lordgroßkanzler — Viscount Cave.
Kanzler der Schatzkammer — Churchill.
Staatssekretär für Inneres — Hicks.
Kolonien — Amery. | Krieg — Avans.
Indien — Earl of Birkenhead.
Luftschiffahrt — Hore.
Erster Lord der Admiralität — Bridgeman.
Handel — Creame.
Gesundheitswesen — Neville Chamberlain.
Landwirtschaft und Fischerei — Wood.
Schottland — Gilmour.
Öffentlicher Unterricht — Lord Percy.
Arbeit — Raitland.
Generalstaatsanwalt — Hoag. |
|--|--|

London, 6. November. (Eigenbericht.) In der soeben veröffentlichten Ministerliste Baldwin's ist der vor einem halben Jahre von den Liberalen zu den Konservativen übergetretene ehemalige Außenminister Churchill wieder zu sehen. In der englischen Öffentlichkeit herrscht darüber große Ueberraschung. Die Liberalen sehen in ihm einen Abtrünnigen und die extremen Kreise der Konservativen tragen seine Neigung zum Freihandel nach. In den Kreisen der Arbeiterpartei wird der Umstand, daß der sonst so gemäßigtere Baldwin gerade Churchill, der in der englischen Öffentlichkeit als Personifikation des Sozialistenhasses gilt, auf einen so hohen Posten berufen hat, als ein schlechtes Zeichen für die innere Ordnung Englands betrachtet. Churchill ist unter den englischen politischen Führern die einzige Persönlichkeit, die als ausgesprochener Scharfmacher gilt.

Eine zweite Ueberraschung ist dadurch entstanden, daß Baldwin den nächst ihm maßgebenden Führer der Konservativen, Robert Horne nicht in das Ministerium aufgenommen hat. Der Außenminister Außen Chamberlain ist der älteste Sohn des bekannten Außenministers in der Zeit der Königin Victoria. Staatssekretär für Indien wird Lord Birkenhead, welcher sich jederzeit gegen die Politik der gewalttätigen Unterdrückung der indischen Nationalisten ausgesprochen hat.

Das neue Kabinett hält morgen vormittag seine erste Sitzung ab. Am 2. Dezember wird das Unterhaus mit einer Thronrede eröffnet, deren Text Baldwin fertigstellt.

Das Endergebnis der amerikanischen Wahlen.

New York, 5. November. (Reuter.) Die Abendblätter bringen die Endergebnisse der Präsidentschaftswahl. Von der Gesamtziffer der Wahlmänner 531 erhielt Coolidge 379, Davis 139 und La Follette 13 Wahlmännerstimmen.

New York, 6. November. (Reuter.) Die letzten Wahlergebnisse zeigen, daß die Republi-

kaner sowohl im Repräsentationshause als auch im Senate die Mehrheit haben. Es ist aber nicht sicher, ob diese Mehrheit genug groß sein wird, um die Regierung von der vereinigten Opposition der Demokraten und der La Follette-Gruppe unabhängig zu gestalten. La Follette erklärt, daß die Progressisten durch die Niederlage nicht im geringsten gekümmert worden sind, und daß sie im Kampfe gegen das bisherige private Monopol, von dem die Regierung beherrscht wird, fortfahren werden.

Er dürfte aber bald zu einer anderen Ansicht über seinen Erfolg kommen. Smeral, dem Kreibich einst ewige Treue schwor, hat diesen wohl ohne Gemütserschütterung fallen lassen, weil die Moskauer Päpste seinen Kopf verlangten, aber er ist nicht von der Art, sich mit der Statisten- und Handlangerrolle zu begnügen, die ihm der Requisiteur des bolschewistischen Theaters gnädigst zubilligen will. Man weiß, daß Smeral bisher keine leitende Funktion in der Partei hatte, daß er weder Vorsitzender der Exekutive der R. P. C. war, noch Vorsitzender des Klubs der kommunistischen Abgeordneten und daß dennoch nichts in der Partei ohne seinen Willen geschah. Herrn Sinowjew braucht nicht bange zu sein, Smeral wird sich auch in der neuen Exekutive durchsetzen wissen und ihr sein Gepräge geben. Die Formel 18:14, die dem Opportunismus die Zähne ausbrechen sollte, wird nur zur Schandtat haben, daß der Streit der beiden Richtungen der Partei nur um so lebhafter im Herzen der Partei, in der Exekutive selbst, entbrennen wird, er wird sich im Kleinen wie im Großen zeigen, bei jeder parlamentarischen oder außerparlamentarischen Aktion, bei der Beschickung aller Versammlungen, aller Bezirkssymposien, der Besetzung jeder Stelle in der Partei und in den Redaktionen. Die Partei wird gelähmt, gehindert, vergiftet sein, doch Smeral umzubringen, das wird die von Moskau anbefohlene Formel nicht vermögen.

Die Zukunft der R. P. C. erscheint durch den zerstörenden Einfluß der Moskauer Dis-

Basie neuerdings Ministerpräsident. Ein radikales Wahlkabinett ohne Demokraten.

Belgrad, 6. November. Nachdem Timotijevic gestern das Mandat zur Bildung eines Konzentrationkabinetts niedergelegt hatte, beehrte der König den noch leidenden Führer der radikalen Partei, Basie, mit der Bildung eines Wahlkabinetts. Basie bot den Demokraten den Eintritt in sein Kabinett an, doch lehnte Davidovic dieses Angebot im Namen seiner Partei ab. Heute abends ließ Basie durch den radikalen Trifkovic, der als Minister ohne Portefeuille bis zur vollen Wiederherstellung Basies den Vorschlag im Ministerrat führen soll, dem Könige die Ministerliste unterbreiten. Die neue Regierung setzt sich aus den Radikalen, den kroatischen Radikalen, den selbständigen Demokraten, den slowenischen Demokraten und den demokratischen Dissidenten zusammen. Unter den Ministern sind Basie, Präsidium, Rincic, Kenhered, Trifkovic, ohne Portefeuille, Tribicevic, Unterrichts.

Der König unterzeichnete die ihm vorgelegte Liste, worauf die Mitglieder der neuen Regierung um halb zehn Uhr nachts im königlichen Palais den Eid ablegten.

Regierungslehnsucht der Deutschnationalen.

Kriegsschuldfrage und die große Koalition.
Berlin, 6. November. Die rechtsstehenden Blätter bringen eine Rede des gegenwärtigen Vorsitzenden der nationalen Volkspartei, Abgeordneten Winkler, vor dem Parteivorstand. Danach erklärte Winkler, die Deutschnationalen können nicht mehr länger zurückgewiesen werden; es sei ihre Pflicht, die Verantwortlichkeit für die Geschehnisse des Reiches mit zu übernehmen. Dann wandte sich Winkler gegen den Reichspräsidenten Ebert, der in allen Krisen seine Stellung für die Zwecke seiner Partei eingesetzt hat, und gegen das Kabinett Marx, das bei den Verhandlungen im August den Deutschnationalen zugestanden habe, den Widerruf der Kriegsschuld der Welt amtlich bekanntzugeben. Als aber von Paris nur mit dem Finger gedroht wurde, da knickte man zusammen. Die Deutschnationalen aber würden die einmal gestellte Frage nicht wieder verschwinden lassen. Es soll dadurch das Gebäude erschüttert werden, auf dem der Vertrag von Versailles aufgebaut ist. Schließlich brachte Winkler noch seine Bedenken gegen den Beitritt zum Völkerbund vor und erklärte die große Koalition mit der Sozialdemokratie für unmöglich.

tatoren, die die Fackel der Zwietracht in die Partei geworfen haben, in trübem Lichte. Der Parteitag sollte Klärung und Einigung herbeiführen, was er hinterläßt, ist Verwirrung und eine Vertiefung der Gegensätze. Die Opposition in der Partei ist nicht tot, sondern neu belebt. Die naegende, fressende Wurm sitzt der Partei im Herzen. An dieser Tatsache ändert nichts der Eifer, mit dem sich die kommunistische Partei beeilt, zu versichern, die Partei stehe nach dem Parteitage „fest und geeint“ da. Wenn sich die Kommunisten selbst belügen wollen, mag ihnen dieses Vergnügen unbenommen bleiben, aber jeder weiß, daß die kommunistische Partei auch schon vor dem Parteitag in rapidem Niedergange begriffen war. Der auf dem Parteitage erstattete Bericht gibt selber den Verlust von 40.000 Mitgliedern in den letzten zwei Jahren zu. Herr, es will Abend werden! Nach dem Kongress, von dem auch nicht ein Funken Kraft und Begeisterung ausstrahlt, wird es nicht besser werden. Der Kommunismus ist in eine Krise geraten, die in allen Ländern aus der Unmöglichkeit hervorgehen mußte, die unmöglichen bolschewistischen Illusionen mit den realen Tatsachen und mit der Wirklichkeit in Uebereinstimmung zu bringen. An diesem Gegensatz und diesem unlöslichen Problem sind die kommunistischen Parteien in allen anderen Ländern zugrundegegangen und sind zu bedeutungslosen Sekten herabgesunken. Der Parteitag der R. P. C. zeigt, daß sich auch an ihr dieses Schicksal zu erfüllen beginnt!

Die Gefahr der Agrarzölle.

Getreidezölle im Verordnungswege? — Wissenschaftliche Feststellungen: Hohe Getreidepreise sind von Schaden, Getreidezölle begünstigen den Großbetrieb.

Fischisch-ögrarische Blätter berichten voll Genugtuung, der Ministerrat habe bereits die Einführung der Getreidezölle im Verordnungswege, also mit Umgehung des Parlamentes, beschlossen. Angeblich wird die Verordnung noch vor der Abwärtung des Handelsvertrages mit Ungarn veröffentlicht werden. Der nähere Inhalt der fraglichen Verordnung ist noch nicht bekannt.

Ohne auf die formale Frage einzugehen, in welcher Form die Getreidezölle eingeführt werden könnten, muß in materieller Richtung neuerlich auf die schwere Gefahr hingewiesen werden, welche der Volkswirtschaft dadurch droht, von den Konsumenten, denen der Preis noch höher gehängt wird, ganz zu schweigen.

Die Frage der Agrarzölle ist heute ein internationales Problem geworden und muß von rein wirtschaftlichem Gesichtspunkte, nicht vom politischen aus betrachtet werden. Objektive Beurteiler, Wissenschaftler, sind sich längst klar, daß Agrarzölle keine Lösung der Agrarfrage bedeuten und sie nehmen deshalb mit aller Entschiedenheit dagegen Stellung. Auch in Deutschland wird zur Zeit um die Agrarzölle hart gerungen. Dort vollzieht sich aber der Kampf um die Agrarzölle nicht so wie bei uns hinter den Kulissen der Regierungspolizei, sondern wird in voller Öffentlichkeit ausgetragen. Freunde und Feinde der Agrarzölle kommen in den zuständigen Beratungsförperschaften zu Worte, kurz, die Frage wird von Fachleuten überprüft, gutgeheißt oder verurteilt. Wo geschieht dergleichen in der Tschechoslowakei, wo ist hier die Möglichkeit einer wirklichen Beratung, wo wird bei uns, insbesondere die Opposition gegen die Agrarzölle zur Abgabe ihrer Meinung eingeladen?

In Berlin beschäftigte sich der Reichswirtschaftsrat unter Berücksichtigung der Organisation der landwirtschaftlichen Arbeiter und anderer Körperschaften mit der Frage der Hilfe für die in Bedrängnis befindliche Landwirtschaft. Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes, betonte, die Hilfe, welche die Landwirtschaft erwartet, muß schnell und auskömmlich sein und die erforderlichen Kredite müssen nicht nur langfristige, sondern auch zu erträglichen Bedingungen erteilt werden. Das Ziel, das zu vertreten ist, sei eine starke inländische Produktion und eine starke Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Graf Ranik, erklärte die gegenwärtige Krise sei deshalb so schwer, weil nicht nur Betriebsmittel, sondern auch Kredite fehlen, die früher stets zur Verfügung standen. Es sei ein Irrtum, anzunehmen, daß durch die Preissteigerung für agrarische Produkte in den letzten Wochen die Krise behoben sei. Die erhöhten Preise bedeuteten lediglich die Anpassung der Preise an die Folgen der Misere. Die Landwirtschaft habe keinerlei Interesse an den hohen Preisen für Getreide, sondern nur daran, daß die Preise für ihre Erzeugnisse zu denen der Produktionsmittel in richtigen Relationen ständen.

Unter allgemeiner Spannung der Versammlung ergriff Geheimrat Prof. Dr. Sering von der Berliner Universität das Wort. Er führte u. a. aus, daß ihm die Lage der Land-

Drohender Generalkrieg der österreichischen Eisenbahner.

Ein Ultimatum wegen Lohnerhöhung läuft heute Mitternacht ab. Verhandlungen im Gange.

Wien, 6. November. (Eigenbericht.) Vor einer Woche haben die Eisenbahner der Generaldirektion der Bundesbahnen ein bis morgen beschicktes Ultimatum überreicht, worin eine entsprechende Erhöhung der Bezüge verlangt wird. In den letzten Tagen haben darüber Verhandlungen stattgefunden.

Heute hat die Verwaltung der Bundesbahnen mitgeteilt, daß sie die Forderung, daß in diesem Jahre keine Lohnerhöhung mehr verlangt werden dürfe, zurückziehe. Ferner stimmte sie der Erhöhung der Pensionsbezüge zu. Auch ist sie bereit, die Teuerungszulagen, die sie bereits um 38 Milliarden zu erhöhen bereit war, um weitere vier Milliarden zu erhöhen. Dagegen weigerte sie sich, die Bezüge der Eisenbahner entsprechend der Forderung nach 48 Märzbezügen zu erhöhen.

In der Vertrauensmännerversammlung der Eisenbahner wurde heute dem Verhandlungsausschuß die Vollmacht gegeben, morgen weiter zu verhandeln. Doch wurde erklärt, daß die Forderung nach 48 Märzbezügen eine Mindestforderung ist, von der nicht abgegangen werden kann. Wenn bis morgen abends nicht ein befriedigendes Ergebnis erzielt worden ist, tritt der Beschluß der Vertrauensmännerversammlung von der vorigen Woche in Kraft, wonach um Mitternacht der Kampf ausbricht. Von dem Ergebnis der morgigen Verhandlungen hängt also der Ausbruch eines allgemeinen Eisenbahnerstreikes in ganz Österreich ab.

Verhärtete Opposition gegen die Seipelregierung.

Wien, 6. November. (Eigenbericht.) In den Ausschüssen des Nationalrates hat heute die verhärtete Opposition der Sozialdemokraten eingeleitet, da die Christlichsozialen im Unterausschuß für soziale Verwaltung die Verhandlungen über die Erhöhung der Arbeitslosenversicherung bis zum 14. November zu verschleppen beschlossen haben. Infolgedessen wurde bereits heute in allen Ausschüssen ein langsames Tempo in den Verhandlungen von den Sozialdemokraten begonnen.

Große Hochwasserchäden in Deutschland

Berlin, 6. November. (Eigenbericht.) Die bisherige sozi.-demokratische Reichstags- und Landtagsabgeordnete des Rheinlandes haben sich mit einem dringenden Hilfseruf an die Reichs-

wirtschaft nicht weniger am Herzen liegen als allen anderen Anwesenden, was er in seiner langjährigen amtlichen und außeramtlichen Tätigkeit hinreichend bewiesen habe.

Prof. Sering erklärt offen, daß durch einen Zollschutz den Interessen der Landwirtschaft nicht gedient sei. Mit den gleichen Schwierigkeiten, unter denen die deutsche Landwirtschaft leide, haben auch die landwirtschaftlichen Betriebe in den großen Exportländern, namentlich in Kanada, den Vereinigten Staaten und Argentinien, zu kämpfen. Diese Schwierigkeiten ergeben sich einmal daraus, daß die Preisspanne zwischen den Preisen der Produkte der Landwirtschaft und ihrer Betriebsmittel zum Nachteil der Landwirtschaft zu groß sei, und zum zweiten ganz besonders der Unfähigkeit Mitteleuropas, die gewohnten großen Mengen aufzunehmen.

Infolgedessen stehen in Kanada bereits Zehntausende von Farmerbetrieben vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und die Notlage des Farmers hat dort eine Bewegung ausgelöst, die darauf ausgeht, Kanada von England abzutrennen und den

regierung in Berlin zuwenden, damit alles zu einer schnellen Binderung der ungeheuren Schäden, die das Hochwasser der letzten Tage angerichtet hat, getan werde. Ungeheure Werte sind vor allem im Moselgebiet durch das rasche Steigen des Wassers angerichtet worden. Besonders groß ist der Schaden an der diesjährigen Wein-ernte.

Lohnbewegung der deutschen Buchdrucker.

Berlin, 6. November. (Eigenbericht.) Seit voriger Woche stehen die deutschen Buchdrucker, besonders im Zeitungsgewerbe, in einer großen Lohnbewegung, die an einzelnen Orten, namentlich in Breslau, zum Streik geführt hat. Bei den Verhandlungen, die auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers gestern und heute zur Beilegung des Konfliktes stattgefunden haben, konnte keine Einigung erzielt werden. Nunmehr soll ein neues Schiedsgerichtsverfahren durchgeführt werden.

Vereinigten Staaten anzuschließen. Mit genau den gleichen Schwierigkeiten haben auch die förnerbauenden Landwirte der Vereinigten Staaten und Argentinens zu kämpfen.

Man kann der Landwirtschaft nicht helfen, indem man der konsumierenden Bevölkerung Mittel- und Westeuropas durch Erhöhung der Brotgetreidepreise und durch höhere Zölle weiter verschlechtert. Aufgabe sei es nicht der Landwirtschaft durch Schutz Zoll zu helfen, sondern ihre Produktionskosten zu vermindern. Es sei absolut notwendig, die Steuer-gesetzgebung abzubauen und namentlich die wirtschaftlich schädliche Umsatzsteuer zu beseitigen. Auch sei sehr wohl die Möglichkeit gegeben, durch eine Ermäßigung der Einkaufspreise die Rentabilität der Landwirtschaft zu fördern.

In der zum Schluß angenommenen Resolution heißt es: Die landwirtschaftlichen Zölle müssen im angemessenen Verhältnis stehen, die der Landwirtschaft als Betriebsmittel dienen oder die Preise für Betriebsmittel beeinflussen. Die Landwirtschaft lehnt es grundsätzlich

ab, sich als Kompensationsobjekt bei Handelsvertragsverhandlungen mißbrauchen zu lassen. Die Unklarheit und Unübersehbarkeit der künftigen nationalen und internationalen Wirtschafts- verhältnisse und Handelsbeziehungen gebieten die größte Zurückhaltung beim Abschluß neuer Handels- und Schiffsverträge. Insbesondere dürfen keine Bindungen von Zollsätzen erfolgen."

Noch ein anderer hervorragender Fachmann Deutschlands wendet sich gegen die Agrarzölle. Einer der ersten landwirtschaftlichen Sachverständigen, der preussische Landesökonomierat Geheimrat Professor Dr. Kereboe, behandelt in der „Deutschen landwirtschaftlichen Presse“ die Frage der Agrarzölle vom objektiven Standpunkt der wissenschaftlichen Betriebslehre. Er legt dar, daß die Produktivität der Landwirtschaft durch Futtermittelzollfreiheit mehr gesteigert werden könne als durch Getreidezölle, wobei er hervorhebt, daß hohe Getreidezölle vor allem in Großbetrieben Nutzen bringen, während Zollfreiheit für Kraftfutter und deren Rohstoffe die Viehhaltung begünstigt, die relativ um so wichtiger sei, je kleiner der Betrieb sei. Kereboe fährt dann wörtlich fort:

„Volkswirtschaftlich betrachtet kommt aber für unseren Vergleich auf die Dauer besonders noch der Umstand in Betracht, daß jeder Landwirt, welcher die durch billige Kraftfuttermittel bedingte günstige Konjunktur voll ausnützen will, an seinem Betriebe ein Stück Arbeit zur Hebung der Viehhaltung, der Stallmistanwendung des Packfruchtbaues, der Bodenbearbeitung usw. leisten muß. Hohe Getreidepreise hingegen bewirken sehr leicht das Gegenteil. Sicher ist es richtig, daß erhöhte Getreidepreise unter sonst gleichen Verhältnissen einen erhöhten Aufwand beim Getreidebau „ermöglichen“ und auch in vielen Fällen herbeiführen. Es ist aber ein sehr lächerlicher Schluß, ohne weiteres anzunehmen, daß sie dies auch allgemein tun. In vielen Fällen bewirken sie gerade das Gegenteil. Bekommt der Landwirt für sein Getreide mehr Geld, ohne daß er dafür Mehrarbeit zu leisten gezwungen ist, so braucht er sich weniger anzustrengen, um Lebensaufwand, Steuern und Schuldenzinsen zu bestreiten. Und da nun einmal das Trägheitsgesetz oft auch die Menschen beherrscht, so zieht auch mancher Landwirt die für die Produktion nachteilige Konsequenz der Winderleistung."

Zur Hebung der Bodenproduktion brauchen wir Maßnahmen, die den tüchtigen Landwirt fördern, ihm erst für ein Stück geleisteter Arbeit einen Lohn in Aussicht stellen, wie es die billigen Kraftfuttermittel tun. Vermeiden aber müssen wir es nach Möglichkeit, jemanden günstiger zu stellen, ohne daß er vorher zu Gegenleistungen an die Volkswirtschaft gezwungen wird, wie es sehr leicht bei einseitigen erheblichen Getreidezöllen zutrifft. Weiter ist zu betonen, daß unter den Agrarerzeugnissen immer in erster Linie diejenigen Kulturen durch Zollsatz und andere Maßnahmen gefördert werden müssen, deren Ausdehnung und besondere Pflege eine Intensitätssteigerung und Ertragssteigerung des ganzen Betriebes auslösen, wie es in erster Linie alle Packfrüchte und Gemüsepflanzen tun. Ein Kartofzellzoll, insbesondere ein Zoll auf Frühkartoffeln, wirkt ganz anders produktionssteigernd auf die Landwirtschaft ein als ein Getreidezoll, denn ersterer zwingt den Landwirt — sofern er sich den Zoll voll zu Nutzen machen will — zu einer Umstellung und Intensivierung des Betriebes, letzterer fällt auch dem indolente sten Landwirt in den Schoß."

11 Schredliche Rache.

Von Nikolaj Wassiljewitsch Bogal.

Aus dem Russischen übersezt von Bruno Götz.

In der Mitte des unterirdischen Zimmers wagt jetzt eine weiße Wolke auf, und etwas wie Freude huscht über sein Gesicht. Doch weshalb steht er plötzlich starr mit aufgerissenen Munde da und wagt nicht, sich zu rühren? Weshalb sträuben sich die Haare wie Borsten auf seinem Kopf? In der Wolke vor ihm leuchtet ein seltsames Gesicht auf. Ungebeten, ungerufen war es zu ihm zu Gaste gekommen. Es trat immer deutlicher hervor und harrte auf ihn seine reglosen Augen. Die Gesichtszüge, die Brauen, die Lippen, die Lippen — alles war ihm fremd; er hatte das Gesicht noch nie in seinem Leben gesehen. Es hatte nichts sonderlich Furchtbares an sich, und doch wurde er von einem unheimlichen Grauen befallen. Immer noch schaute der fremde wunderliche Kopf durch die Wolke reglos zu ihm hin. Die Wolke löste sich auf und die unbekannten Züge wurden noch klarer und die bohrenden Augen wollten sich nicht von ihm abwenden. Der Zaubrer wurde bleich wie ein Leintuch. Er schrie mit einer wilden gleichsam nicht ihm gehörenden Stimme laut auf und warf den Kopf um. Alles war verschwunden.

II.

„Beruhige dich, liebe Schwester!“ sagte der alte Jersaul Gorobich, „Träume, reden nur selten die Wahrheit.“

„Laß dich ein wenig hin, Schwesterchen!“ sagte seine junge Schwiegertochter, „Ich werde die alte Wahrsagerin rufen; keine Nacht kann ihr widerstehen; sie soll die bösen Geister bannen!“

„Fürchte nichts!“ sagte der Sohn des Jersaul und griff an seinem Säbel, „Ich will dir etwas zuleide tun.“

Katerina sah alle Mäster mit trüben Augen an und wachte keine Antwort. „Ich bin selbst an meinem Verderben schuld; ich habe ihn befreit.“

Endlich sagte sie: „Ich finde keine Ruhe vor ihm. Da bin ich nun schon zehn Tage bei euch in Kiew, und mein Gram ist um keinen Tropfen geringer geworden. Ich hatte mir gedacht, ich würde in der Stille meinen Sohn als Rächer ausziehen können. . . . Furchtbar und grauenvoll ist er mir im Traume erschienen. Gott behüte euch davor, ihn je zu erblicken! Noch immer schlägt mein Herz. — Ich habe dein Kind in Stücke Katerina, wenn du mich nicht zum Manne nimmst! — Ich er mir zu.“ Aufschreckend warf sie sich über die Wiege; das erschrockene Kind streckte die Hände aus und begann zu schreien.

Der Sohn des Jersaul schäumte vor Wut auf, als er diese Worte hörte.

Selbst der alte Jersaul geriet außer sich: „Der verdammte Antichrist soll es nur wagen, hierherzukommen! Dann wird er schon spüren, ob die Arme eines alten Kosaken noch kräftig sind! Gott ist mein Zeuge!“ sagte er und richtete seine scharfen Augen zum Himmel empor, „daß ich sofort meinem Bruder Danilo zu Hilfe eile. Sein heiliger Wille geschehe! Ich fand den Bruder schon auf dem kalten Lager, auf dem sich so viel, so viel Kosakenvolk schon gebettet hat. Ist aber der Leichenknecht zu seinen Ehren dafür nicht gewaltig gewesen? Ist auch nur ein einziger Pole mit dem Leben davongekommen? Beruhige dich, mein Kind! Niemand wird es wagen dir etwas anzu-tun, solange ich und mein Sohn noch am Leben sind!“

Mit diesen Worten griff der alte Jersaul auf die Wiege zu. Als das Kind seine silberbeschlagene rote Peise und den Beutel mit dem glän-

zenden Feuerstein an seinem Riemen erblickte, streckte es seine Händchen danach aus und lachte.

„Der ist wie sein Vater,“ sagte der alte Jersaul, löste die Peise vom Riemen und reichte sie dem Kinde. „Liegt noch in der Wiege und will schon aus der Peise rauchen!“

Katerina sauste leise auf und begann die Wiege zu schaukeln. Man verabredete sich, die Nacht gemeinsam zu verbringen, und bald darauf lagen alle im Schlaf; auch Katerina war eingeschlafen.

Auf dem Hofe und im Hause war alles still. Nur die wachhaltenden Kosaken schliefen nicht. Plötzlich fuhr Katerina mit einem Schrei aus dem Schlaf, daß auch alle anderen erwachten. Er ist tot, er ist erschossen! Schrie sie auf und stürzte sich auf die Wiege. Alle umringten die Wiege und erstarreten vor Entsetzen. Das Kind in der Wiege war tot. Niemand von ihnen sprach ein Wort. Sie wußten nicht, was sie über diese unerhörte Frevelthat denken sollten.

12.

Fern von der Ukraina, wenn man Polen schon durchquert und auch die volkreiche Stadt Lemberg hinter sich gelassen hat, ragen hohe Gebirgszüge zum Himmel empor. Berg hinter Berg umschlingen sie nach rechts und nach links wie mit steinernen Ketten die Erde und umschließen sie mit einem steinernen Ring, damit das brausende wilde Meer nicht eindringen könne. Die Seinketten ziehen sich bis in die Wolken; und nebenbürgische Land hinein. starren in Felsenform gigantisch emporgerückt zwischen dem galizischen und ungarischen Volke. In unferner Gegend gibt es nicht solche Berge. Das Auge wagt es nicht, sie zu umfassen, und manche Gipfel sind noch nie von eines Menschen Fuß betreten worden. Wie ein Wunder sind sie anzuschauen: ist es ein

Meer, das im Sturm aus seinen weiten Ufern getreten ist und ungeheuerliche Wogen emporgerohrt hat, die dann, versteinert, in der Luft stehen geblieben sind? Oder haben sich schwere Wolken vom Himmel herabgestürzt und die Wege auf der Erde verpestert? Denn ihre graue Farbe ist wie die der Wolken, und ihr weißer Gipfel glänzt und funkelt Sonnenschein, wie sie. Bis zu den Karpathen hört man die russische Junge ertönen, und auch noch ein wenig hinter den Bergen klingt es wie ein von heimatlichen Lauten wider, doch dann kommen Menschen mit einem andern Glauben und einer andern Sprache. Dort lebt das vielköpfige Volk der Ungarn, reitet, schlägt sich und zecht nicht schlechter, als die Kosaken, und harzt nicht mit Goldstücken, wenn es ein Pferdgeschirr oder teure Kosaken zu kaufen gilt. Weit und groß liegen die Seen zwischen den Bergen da, Reglos wie Glas spiegeln sie die nackten Felsengipfel und ihre grünenden Schlen wider.

Doch wer kommt mitten in der Nacht, ob es finster ist oder die Sterne leuchten, auf einem riesenhaften Rappen einhergeritten? Was für ein Ritter von übermenschlichem Wuchs sprengt mit seinem Riesenroß die Berge entlang. Über die Seen dahin und spiegelt sich in den reglosen Wassern während sein ungeheurer Schatten unheimlich an den Bergwänden huscht? Seine ehernerne Rüstung funkelt; auf der Schulter trägt er eine Wile; am Sattel klirrt der Säbel; das Wiesel ist herabgefallen; schwarz ist sein Schnurrbart; die Augen hält er geschlossen, die Lider gefenkt — er schläft und hält im Schlafe die Zügel fest; und hinter ihm sitz auf demselben Pferde ein junger Boge, der gleichfalls schläft und sich schlafend an den Ritter klammert. Wer ist er? Wohin erit er? Was will er? Niemand kennt ihn. Nicht erst gestern und heute sprengt er durch die Berge.

(Fortsetzung folgt.)

Besonders bedeutsam ist Aereboes Hinweis auf die Rolle, die hohe Industriezölle für die Landwirtschaft spielen.

Die Produktionssteigerung der deutschen Landwirtschaft hat mindestens ein ebenso hohes Interesse an billigen und leistungsfähigen Maschinen wie an hohen Preisen ihrer Erzeugnisse.

Spezialdebatte im Budgetauschuß.

Prag, 6. November.

Wie die Koalition verhandelt.

Die oppositionellen Abgeordneten nehmen an den Verhandlungen des Budgetauschusses nicht teil. Eine Ausnahme machen nur die tschechischen Gewerbetreibenden, deren Opposition keineswegs sachlichen Erwägungen und grundsätzlichen Differenzen entspricht.

Fähigkeit der deutschen Landwirtschaft herbeizuführen. Nehulich so liegen die Dinge bei den Betriebsstoffen der Landwirtschaft, wie Rohöl, Benzol, Schmieröl usw.

Ausgehend von dem Grundsatz, daß bei Betrachtung der wirtschaftlichen Fragen der Landwirtschaft dieselbe Förderung verdient wie Industrie und Handel, muß jede einseitige Politik, welche lediglich darauf abzielt, den Gewinn der Großagrarien ohne eine Gegenleistung zu erhöhen, mit aller Entschiedenheit bekämpft werden.

men. Wer ein Interesse hat an der Konsolidierung der inneren Verhältnisse, kann von dieser Opposition der Deutschen keine Freude haben.

Dem Spädel ist die Freiheit noch zu groß.

Der tschechische Nationaldemokrat Spädel meint, wir müßten darauf achten, daß die Journalist die Gesetze nicht übertrete und daß ein Journalist für seine Handlungen ebenso verantwortlich sein müsse, wie eine Einzelperson.

Dolansky findet alles in Ordnung.

Justizminister Dolansky ersuchte zunächst, es möge zur Kenntnis genommen werden, daß es bei uns keine Präventivzensur gebe, daß vielmehr die Zeitungen bloß vorgelegt werden und daß viele Zeitungen für Reklamezwecke leere Stellen lassen.

Bemerkungen zum Kommunistenkongreß.

Die Moskauer Internationale hat Bestand nur durch die Diktatur, die sie so wie über Russland so auch über alle kommunistischen Partien ausübt.

Herr Manuilski, der auf dem Moskauer Kongreß die APC. als nichtswürdig abanzettelte und ihr wegen völligen Versagens einen Fünfer gab, war angefangen das Chaos und der drohenden Gefahr auf dem Prager Kongreß so vorsichtig, behaupten und unsicher geworden, daß er seine große Rede damit begann, daß er von den „guten Seiten“ der APC. sprach, deren er plötzlich einige entdeckte; darunter den „so klugen Führer Smeral“.

Kreibich wurde nicht laut 21 Punkten abgefaßt, sondern nur bedingt auf ein Jahr verurteilt. Er darf vorläufig noch in der Zentral-Kontrollkommission der Kommintern bleiben.

Der Standpunkt zur nationalen Frage wurde revidiert. Es gibt keinen Opportunismus mehr. Selbstbestimmungsrecht ist die Parole. Also Kampf? Nein. Die Parole gilt lediglich als „Mittel zu sehr starker Agitation und Propaganda“ für die internationale — Erziehung der Arbeiter.

Nach der Sprengung der sozialdemokratischen Parteien gingen die Kommunisten bekanntlich an die Spaltung der Gewerkschaften. Baret Jellen! lautete damals und bisher die Parole.

schwierig arbeite, so sei es Sache des Betroffenen, Beschwerde zu führen.

Was die Ausführungen des Abg. Stibin betrifft, bekämpft der Minister sich dazu, auch im Lager derjenigen zu stehen, die die Ueberzeugung vertreten, daß jeder die Verantwortung für das tragen soll, was er schreibt.

Abg. Stibin erklärte in einer tatsächlichen Berichtigung seine Partei sei für die subjektive Verfolgung, aber unter der Bedingung, daß die Konfiskationspraxis beseitigt werde.

beiter, arme Bewegung, die diesen Jongleuren, diesen gewissenlosen Fortführern auf den Leib gingen!

Der Vorsitzende Burián jagte am Ende des Parteitag in seinem Schlusswort: „Ihr habet, Genossen, keinen Anlaß, in eure Heimat mit einem Gefühl der Erbitterung zu gehen...“

Das Lied ist aus. Die Kommunisten haben versungen. Hoffentlich gelingt es der gesunden Arbeiterbewegung, den Epilog kurz und schmerzlos zu machen.

Inland.

Die Internationale der Agrarier.

Die Agrarier, die sonst Gegner der Internationalen sind, schaffen sich nun selber eine eigene Internationale. Die Bemühungen der agrarischen Kreise um das Zustandekommen einer organisatorischen Verbindung der Bauernorganisationen der Welt liegen schon längere Zeit zurück.

Die Agrarier waren im Verein mit den übrigen kapitalistischen Kreisen einigst daran, die Internationale der Arbeiter als eine schädliche Einrichtung zu bekämpfen. Jede Möglichkeit, die sich bot, die Proletarierinternationalen zu verunglimpfen, wurde weidlich ausgenützt.

Statuierung einer Umschlagzone usw. Was die Förderung unserer Schifffahrt im Auslande anlangt, handelt es sich vor allem um die Ausnützung des Berliner Friedensvertrages, durch den uns Freihafengebiete in Hamburg, Stettin usw. vorbehalten wurden.

Was die tschechoslowakische Seeschifffahrt anlangt, für die in letzter Zeit von privater Seite sich bedeutendes Interesse zeigte, läßt das Handelsministerium diese Angelegenheit nicht aus den Augen.

Das Bewilligungsverfahren befindet sich im Stadium der endgültigen Liquidierung. Der Warenexport ist insgesamt vollständig frei, bei dem Import ist eine große Zahl von Warengruppen ebenfalls frei, leider beachten unsere Handelskreise nicht die betreffenden Abmachungen genügend und ersuchen oft um die Bewilligung zur Einfuhr solcher Waren, die schon ein Jahr auf der Freiliste stehen.

Hiermit war die Vormittagssitzung erledigt.

Zensurdebatte.

Die Nachmittagsitzung wurde um 2 Uhr 50 Minuten eröffnet. Zur Verhandlung stehen die Kapitel 4, Oberstes Verwaltungsgericht, Kapitel 5, Oberstes Kontrollamt, Kapitel 19, Justizministerium und Kapitel 24, Unifizierung.

Stibin für die Pressefreiheit. Abg. Gen. Stibin trat entschieden für die vollkommene Pressefreiheit ein. Neben Spanien und Ungarn, so sagte er, sind wir der einzige Staat, in dem die Zensur in den Zeitungen weiße Flecken hervorruft.

Western haben wir gehört, daß die deutschen Parteien an der Spezialdebatte nicht teilneh-

„als eine klägliche Zeitlosigkeit“ hingestellt wurde, hat nun selbst die Ritters von Dalm und Ar befallen.

Das Ziel Hohendlums wird nun Wirklichkeit. Als Hohendlum auf einer Tagung des Bundes der Landwirte die Schaffung der grünen Internationalen propagierte, war die „Landpost“ nicht ganz einer Meinung mit ihm. Sie hatte Angst, in den Verdacht zu kommen, dem Marxismus etwas nachzusehen. Diese Befürchtungen sind nun verschwunden. Um den Unterschied ihrer Internationalen gegenüber der Marxischen zu dokumentieren, versuchen sie ihrer Internationale eine besondere Zweckbestimmung zu geben. Sie sagen: „Selbstverständlich handelt es sich hier um keine Internationale im Sinne des Marxismus, sondern um eine weltumspannende Vereinigung, die gemeinsam zum Schutze des bedrohten Bauernums austreten will.“ So, nun ist das Vaterland gerettet. Ja, wenn man nur wenigstens wüßte, wodurch sich die Herren von Dalm und Ar bedroht fühlen, um sich dagegen zu schützen. Bei uns brauchen sie doch keine Angst haben. Denn solange Herr Svehla das Staatschiff führen wird, geschieht ihnen sicher nichts. Wenn die Agrarier davon reden, daß einige Kapitalisten Riesengewinne auf Kosten des Bauernstandes erzielen und sie gegen diese Kapitalisten kämpfen wollen, so soll es uns recht sein. Aber uns dünkt, daß aus diesem Kampf nichts werden wird. Denn eine Krähle hat der anderen die Augen nicht aus.

Die Herren Agrarier haben so manche Forderung bereit, deren Verwirklichung sie mit Hilfe ihrer Internationale anstreben werden. Davon werden in erster Linie die Land- und Forstarbeiter betroffen. Wenn das schon alles Wirklichkeit wäre, was sich die Herren vom Bund der Landwirte wünschen, dann könnten die Landproletarier sagen: Freiheit aber! Soweit kommt es aber nicht. Die Agrarier sind gegen den Achtstundentag und rufen noch längerer Arbeitszeit. Das Streikrecht abzuschaffen ist ihr Ziel. Zu dem Zwecke wird die Schaffung einer technischen Robbisse erstrebt. Mit Hilfe dieser Streikbrechertruppe soll in Zukunft jeder Abwehrkampf der Arbeiter unmöglich gemacht werden. Der Begriff Notstandsarbeit soll nach Ansicht der Agrarier nicht eng begrenzt sein. Sie betonen einfach alle Arbeit als Notstandsarbeit. Der Staat soll Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Unternehmern durch Gesetze verhindern. Die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht wünschen die Agrarier ebenfalls. Es ist klar ersichtlich, daß die Wünsche der „um das Wohl und Wehe der Menschen“ so besorgten Agrarier darauf hinauslaufen, die schrankenlose Herrschaft der Bodenkapitalisten aufzurichten. Die „gute alte Zeit“, wo der Herr befehl und der Knecht stets luschen mußte, soll wieder eingeführt werden.

Daß es nicht geschieht, dafür wird die Arbeiterklasse sorgen. So wie der Kapitalist seine Organisationen festigt, muß auch der Arbeiter seine Organisation festigen, um stets gewappnet zu sein. Im Kampfe um die Neugestaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung wird nicht die schwarze, goldene oder grüne Internationale, sondern die rote Internationale Siegerin sein.

Die Pension der in Kriegsgefangenschaft Gebliebenen. Nach einem Gesetz vom 27. Dezember 1875 wird den in Kriegsgefangenschaft geratenen Staatsangehörigen nur jenes Jahr, in welchem sie gefangen wurden, in die Pension eingerechnet. Da dieser Zustand eine soziale Härte und Ungerechtigkeit bedeutet, haben die Genossen Hoffmann, Schäfer und Krünzner in einer der letzten Sitzungen des Abgeordnetenhauses einen Gesetzesentwurf eingebracht, in dem die Aufhebung dieser veralteten gesetzlichen Bestimmung vorgeschrieben ist. In der Begründung dieses Antrages heißt es: „Es ist dies schwere, entbehrungsreiche Leben, das die meisten Kriegsgefangenen führen müssen, zu berücksichtigen. Diese Ungerechtigkeit wirkt um so aufreizender, als allgemein bekannt ist, welche überaus wohlwollende Behandlung den Legionären zuteil wird, denen die während des Krieges in der Gefangenschaft zugebrachten Dienstjahre in zweifachen, öfters auch in dreifachem Ausmaße angerechnet werden. Dabei kann keinesfalls behauptet werden, daß das Schicksal der Legionäre während des Krieges in allen Fällen ein schlechteres war, als das der übrigen Kriegsgefangenen. Es ist daher ein krasser Ungerechtigkeiten, wenn der eben geschilderte Vorgang gegenüber den Lehrern (Kriegsgefangenen) beobachtet wird. Aus dieser Erwägung heraus haben wir diesen Antrag eingebracht.“

Abgeordneter Köttel gestorben. Im Hohendlum bei Märkisch-Schönberg ist an den Folgen eines Krebsleidens der Abgeordnete des Bundes der Landwirte, Köttel, gestorben. Der Verstorbenen hat sich eine Partei besonders in Nordmähren verdient gemacht, wo er bei den letzten Wahlen in die Nationalversammlung der Deutschnationalen unter der hundertlichen Bewölkung viel Boden ergrub. Er war im Wahlkreis von Olmütz gewählt worden, sein Nachfolger im Mandat ist der Landwirt Alois Sauer.

Die neue Duxer Bezirksverwaltungs-Kommission arbeitsfähig. Für Montag vormittags waren die neuernannten Mitglieder der Bezirksverwaltungs-Kommission Dux zu einer Sitzung geladen. Unsere Partei hatte vor einigen Tagen dazu Stellung genommen und nach einer eingehenden Aussprache beschlossen, die neuernannten Mitglieder zu beauftragen, an den Sitzungen teilzunehmen. Unsere Vertreter gaben in der Sitzung eine Erklärung ab, in welcher zum Ausdruck kommt, daß die Partei auch weiterhin die jetzige Zusammensetzung der Bezirksverwaltungs-Kommission als ungerecht ansieht und bei den mangelnden Regierungsstellen auf die Erledigung ihrer

Deutschnationales Deutschtum.

Lieber ein tschechoslowakischer Regierungskommissär als ein deutscher Sozialdemokrat!

Der Karlsbader „Volkswille“ schreibt:

In Joachimsthal ist ein deutscher Sozialdemokrat zum Vorsitzenden der Bezirksverwaltungs-Kommission ernannt worden, und die deutsch-bürgerlichen Parteienvertreter, darob wutentbrannt, verhindern durch Fernbleiben von den Sitzungen der Bezirksverwaltungs-Kommission deren Arbeitsfähigkeit. Die Deutschbürgerlichen sehen nun selbst ein, daß die Folge ihres Verhaltens wahrscheinlich die sein dürfte, daß von der Prager Regierung ein Regierungskommissär für den Bezirk Joachimsthal eingesetzt werden wird. Das rührt aber die deutschnationalen Herrschaften sehr wenig, und die deutschnationalen, mit einem Dankeskreuz gezeierte „St. Joachimsthaler Zeitung“ (mit dem Untertitel: „Deutsch-ärische Zeitschrift zur Vertretung der Bedürfnisse des werktätigen Bürgertums von Stadt und Bezirk St. Joachimsthal und der engeren Umgebung, Mitteilungsblatt der im deutschen Ortsrat St. Joachimsthal vertretenen deutschösterreichischen Parteien und Vereine. „Wer die Heimat liebt, liebt auch sein Volk.“) — dieses über-deutschnationalen Blatt also, schreibt in seiner Nr. 82 vom 29. Oktober 1924 wörtlich dazu folgendes:

„Woh! bedeutet die Einsetzung eines Regierungskommissärs eine weitere Einschränkung der Autonomie, doch ist diese Maßnahme weit weniger gefährlich und erniedrigend, als wenn sich die Vertreter der

gebildeten und wirtschaftlich kräftigen Parteien einem Obmann unterstellen müßten, der infolge seiner Unfähigkeit weder Vertrauen noch Ansehen genießt.“

Für die mit den Dingen in Joachimsthal nicht Vertrauten sei angemerkt, daß der zum Vorsitzenden der Bezirksverwaltungs-Kommission Ernannte der langjährige Leiter der Bezirksstrafkassen Joachimsthal ist, und daß die Zeitung der „gebildeten“ Parteien diese „Bildung“ u. a. damit bewiesen hat, daß sie feinerzeit wörtlich und uneingeschränkt den Wunsch ausgesprochen hat, die in das Lager nach Heinrichsried geschafften italienischen Kriegsgefangenen mögen in dem rauhen Klima nur recht bald zugrundegehen. Aber davon absehen: Die deutschbürgerlichen Herrschaften finden es „weit weniger gefährlich und erniedrigend“, wenn die Autonomie aufgehoben und über einen deutschen Bezirk ein tschechoslowakischer Regierungskommissär eingesetzt wird, als wenn ein deutscher Sozialdemokrat ein Vorstandsmandat über eine aus allen deutschen Parteien zusammengesetzte Verwaltungsgesellschaft innehat. Dazu ist weiter nichts zu sagen, als daß man dieses freiwillige Bekenntnis eines selbst vor dem aufgelegtesten „Volkserrat“ nicht zurückschneidenden, glühenden deutschnationalen Arbeiterhofes allen Deutschnationalen, die es noch wagen, vom „deutschnationalen Kampfe um die Autonomie“ und von „deutscher Volksgemeinschaft“ zu sagen, um die Ohren hauen sollte!

Eingabe drängen wird. Sollte unseren Forderungen nicht entsprochen werden, wird die Partei ihre Mitglieder aus der Bezirksverwaltungs-Kommission zurückziehen und sie beauftragen, ihre Mandate zurückzugeben. Zur Sitzung waren die Vertreter der deutschnationalen Parteien und die Vertreter der tschechischen unabhängigen sozialistischen Partei nicht erschienen. Die Vertreter der übrigen Parteien waren anwesend und leisteten dem Staatsratsrat Mann das Gelübnis. Vor den Beratungen gab Genosse Kovh im Namen unserer Fraktion eine Erklärung in oben angeführtem Sinne ab und verlangte die Aufnahme dieser Erklärung ins Protokoll. Dem Verlangen wurde Rechnung getragen. Nach einer kurzen Besprechung über die Zusammenfassung der einzelnen Sektionen war die Sitzung beendet. Wie uns mitgeteilt wurde, haben die deutschnationalen Parteien am Sonntag den 2. November beschlossen, an den Sitzungen der Bezirksverwaltungs-Kommission solange nicht teilzunehmen, bis ihre Eingabe erledigt sind. Einen ähnlichen Beschluß haben wahrscheinlich auch die tschechischen unabhängigen Sozialisten gefaßt.

Ergänzungswahlen ins Parlament. Die Prager „Abendzeitung“ meldet: Bekanntlich ist das Teschener, das Arva-Gebiet und ein Teil der Zips in der Nationalversammlung bisher nicht vertreten, da zur Zeit der ersten parlamentarischen Wahlen die Grenzen noch nicht definitiv festgelegt waren. Das gleiche gilt auch von Hulschitz. Nun soll es zur Entscheidung von Vertretern dieser Gebiete in die Nationalversammlung kommen, sowie im Parlamente die betreffenden Regierungs-vorlagen erledigt sein werden. Im Sinne des Regierungsantrages obliegt es dem Innenminister, den Wahltag festzusetzen, woraus die erwähnten Gebiete sechs Abgeordnete und zwei Senatoren für die erste Wahlperiode, die im nächsten Jahre abläuft, wählen werden.

Die Bildungssteuer.

Der Vorschlag der Genossen Dr. Stern, Nalsh und Hofbauer, mit dem Parteibeitrag zugleich eine Bildungssteuer von monatlich fünfzig Heller einzuführen, begegnet nicht nur Zweifel über die Art der Verteilung, sondern auch, wie die Konferenz des Bezirkes Karlsbad in Altroslau gezeigt hat, der Befürchtung, daß der erhöhte Parteibeitrag die Mitgliederzahl der Organisation beträchtlich schwächen könnte. Die verschiedenen Redner, die zu dem Vorschlag das Wort ergrieffen, erkannten die Notwendigkeit, so Unentbehrlichkeit intensiver Bildungsarbeit an, verwiesen aber auf die mäßigen Lohnverhältnisse, die eine Anzahl Familien von 500 bis 700 Kronen im Monat zu leben zwängen, und auf die Unmöglichkeit, jetzt, wo alles im Preise stiege, auch noch die Parteibeiträge zu erhöhen. Im Gegenteil, die große Masse der Organisierten, die sowieso für Parteibeiträge, Presse, Versammlungen u. dergl. einen unverhältnismäßig großen Bruchteil ihres Einkommens opfern, erwartete mit Ungeduld einen Abbau der Parteibeiträge. Deshalb konnte der bescheidene Antrag des Bildungsausschusses, daß die Bezirkskonferenz die Vertrauensleute verpflichte, in ihrem Wirkungsbereich den Boden für die Annahme des Vorschlages Dr. Stern und Genossen zu ebnen, nur mit dem Besage: „bis die wirtschaftlichen Verhältnisse es gestatten“, die Mehrheit erlangen.

Dieser Reinigungsstempel auf der Karlsbader Bezirkskonferenz zeigt an, daß trotz allem guten Willen, die Bedeutung der Bildungsarbeit zu erfassen, deren Wert und Weisheit sich sogar den Vertrauensleuten noch nicht voll und ganz erschlossen hat. Wer sozialwissenschaftliche Erkenntnisse, kulturelle und künstlerische Leistungen usw. nur als etwas Wertvolles und Schönes ansieht, dessen Besitz den Arbeiter bereichert und erfreut, und

nicht als mehr, der muß den in Altroslau vertretenen Standpunkt als durchaus berechtigt anerkennen: In Zeiten so schwerer Krise, der Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Streiks und Hungerlöhne ist für „Wertvolles“, „Schönes“, „Bereicherung“ und „Freude“, so hart das zu sagen fällt, tatsächlich kein Raum. Aber auf die Bildungsarbeit der Partei treffen die oben angeführten Charakteristika gar nicht zu, sie ist nicht schöner Schmutz, sondern eine Lebensnotwendigkeit, mit der die Zukunft und das innere Wachstum der Partei steht und fällt. Wie der Marxismus aus wissenschaftlichen Erkenntnissen, aus dem ganzen geistigen und kulturellen Besitzstand der Zeit erwachsen ist, so kann er auch seine entscheidenden Kämpfe nur mit einem Heere führen, in dem jeder einzelne Streiter wenigstens in allgemeinen Urteilen weis, worum es geht: nicht nur um Lohnerhöhungen, nicht bloß um eine oder die andere noch so wichtige Verbesserung der Arbeitsbedingungen u. dergl., sondern um eine bewußte und planvolle Neugestaltung der Wirtschaftsordnung und der Gesellschaft. Er muß begreifen lernen, daß alle Lebensformen aus den Wirtschaftsformen fließen und daß mit dieser Erkenntnis für die Menschheit die Möglichkeit gekommen ist, daß die Wirtschaftsformen die Lebensformen umzugestalten, die Geschäfte affo dem Warten des blinden Zufalles zu entreißen und das Notwendige auch zu wollen. Ein wissender Streiter, der dieses Ziel und die Methode begriffen hat, wird ganz anders mittun, als ein bloßer Mittläufer, er wird treu zur Sache stehen trotz Rückschlägen und Enttäuschungen, wird neue Genossen werben und sein ganzes Ich in den Dienst der Bewegung stellen. Wie aber ein solches Proletariat heranziehen, wenn nicht durch die Bildungsarbeit? Wie die Erkenntnis ins letzte kleinste Dorf hinaustragen, wenn nicht durch einen Organisationsapparat, der die Kraft des Stärkeren den ganz Schwachen zur Verfügung stellt (— dies der Sinn des für die Bildungssteuer vorgeschlagenen Verteilungsschlüssels)?

Kein Einsichtiger wird von jedem Organisierten verlangen, daß er diese Bedeutung der Bildungsarbeit als des lebendigen Quells unserer inneren Kraft begreife. Und er wird deshalb den Widerstand des von Hunger und Not, von der qualvollen Sorge um Morgen und vom Uebermut der Unternehmer Gebrückten verstehen, eine Erhöhung der Parteibeiträge für ein Etwas auf sich zu nehmen, das vielleicht noch gar nicht bis zu ihnen vorgedrungen ist. Aber Sache der Vertrauensleute ist es, weiter zu blicken und über das unmittelbar Mißliebige hinaus die Früchte zu sehen, die es binnen kurzem zeitigen könnte. Um dieser Früchte willen müssen sie die Kraft aufbringen, den ihnen Vertrauenden zu sagen, daß der Ausbau unserer Bildungsorganisation sogar einen schmerzlichen Verzicht wert ist. Bei den großen Genüssen, die der Arbeiter sich bei den großen Genüssen, die der Arbeiter sich heutzutage leisten kann, spielen — das wissen wir und wir verwenden absichtlich das vielgeschmähte Beispiel — ein oder zwei Zigaretten oder ein halbes Glas Bier im Monat eine Rolle, und es heißt hart sein, wenn man von diesem großen Bißchen noch etwas wegnehmen will. Doch ebenso gewiß ist, daß geistiger Genuß — vermag ihn auch ein oder der andere nicht gleich als Genuß zu empfinden — von den leiblichen Genüssen ein gewisses Opfer verlangen kann und muß. Wenn ein oder der andere deshalb abfallen sollte — nun, er wird zurückkehren. Wird desto sicherer zurückkehren, je mehr die so ins Leben gerufene systematische Bildungsarbeit die Massen erfasst und jedem Arbeiter die Elemente sozialistischen Denkens und Tollens nahebringt.

Eine andere Frage, die in Altroslau aufgerollt wurde, ist die, ob nicht die Bildungsarbeit von Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft ver-

einheitlich werden könnte in dem Sinne, daß Gewerkschaften und Genossenschaften ihre spezielle, sozialisierende Erziehungsarbeit weiter für sich betrieben, die allgemeine Bildungstätigkeit aber gemeinsam mit der politischen Partei. Das könnte den organisatorischen Apparat vereinfachen und verbilligen und Vortragenden und Hörern viel Zeit und Kräfte ersparen. So viel Brauchbares in diesem Vorschlage steckt, so große Schwierigkeiten gälte es zu überwinden, bevor er in Kraft treten könnte, allen voran die unpolitische Struktur der Gewerkschaften, von Interessen- und Kompetenzkonflikten ganz zu schweigen. Bis zu dem fernem Zeitpunkt, wo all diese Hindernisse beseitigt wären, die Bildungssteuer hinauszuschieben, hieße den Bildungsnotwendigkeiten der Partei einen schlechten Dienst erweisen: der Geldmangel der Lokalorganisationen und die bisherige, wenig systematische, oft nur vom Zufall geleitete Erziehungsarbeit, besonders an kleinen Orten, erheischt dringend und schnell die Errichtung eines sorgsam ausgebauten, finanziell unabhängigen Apparates. Ob die Bildungssteuer sofort oder erst in einigen Monaten, bis die drückendsten Begleiterscheinungen der Krise überwunden sind, eingeführt werden soll, das muß sorgfältig überlegt werden. Aber daß sie bald kommen muß, darüber sollten sich alle einig sein, denen der Sozialismus Weltanschauung und letztes Ergebnis der Erkenntnis ist.

Tages-Neuigkeiten.

Halet den Dieb!

Wir glauben es den Nationalsozialisten gern, daß sie in tödlicher Verlegenheit sind wegen ihrer Wahlschulden an die Deutschnationalen. Einerseits und ob der Vertiefung der unaufrichtigen Geschäfte mit den Fabrikanten (die noch dazu gar nicht alle arische Fabrikanten waren) andererseits. Doch das dürfte sie als erfahrene Demagogen, die im Massenverrat auf eine zwanzig-jährige glorreiche Praxis zurückblicken, nicht so nervös machen, daß sie nun die ältesten Schlagher gegen die Sozialdemokratie aus ihrem Arsenal holen — um sich selbst zu blamieren. Schon die Karpeles-Notizen im Zentralorgan der Schwedische liegen aben, daß die Herren etwas nervös sind und jetzt alles, was ihnen irgend in die Hände fällt, aufgreifen, um das Gespräch auf etwas anderes als die leidigen Schulden zu bringen. Da wir den Schweregeprüften diese wirklich sehr stumpfsinnigen „Angriffe“ durchgehen lassen, fühlen sie sich aber heute veranlaßt, mit noch älterem Geschütz gegen uns aufzufahren und Geschosse zu verwenden, deren Durchschlagskraft selbst an jenes holländische Schiffsgeschütz aus dem 17. Jahrhundert erinnert, das mit Eidamer Käfen auf den Feind schoß. Auch im Geruch des Pulvers dürften die Eidamer Geschosse denen der Firma Stang und Krebs auf ein Haar gleichen. Nicht weiter als bis auf das Jahr 1869 greift der „Tag“ zurück, um sich Argumente gegen die Sozialdemokraten zu holen. Er legt uns neun Fragen vor, die wohl als Scherzfragen gedacht sind, in denen von uns Auskunft über Spenden von tausend und sogar zweitausend Gulden verlangt wird, die im Jahre 1869 bei Gründung eines Blattes „Volkswille“ (nähere Daten fehlen) von jüdischer Seite erflossen sein sollen. Dann stellen wir noch darüber Auskunft geben, warum die „Arbeiterzeitung“ auf die Anpöplungen eines jüdischnationalen Winkelblättchens nicht geantwortet habe. Es hätte wahrscheinlich keinen Sinn, den Herren, die noch den Mist vom Esel eines Juden nach den Spuren der Protokolle der Weisen von Zion unterfuchen werden, klarzumachen, daß die „Arbeiterzeitung“ andere Sorgen hat, als sich mit den Zionistenblättern herumzuschlagen. Die übrigen Fragen aus dem Jahre 1869 werden wir in Vausch und Bogen beantworten, wenn der „Tag“ mit seinen weiteren Schlagern herausgerückt sein wird. Wir erwarten noch Anfragen etwa folgenden Inhalts: Was ist mit den Geldern geschehen, die von dem berühmten Sozialistenführer Karl Moor, der von seinen jüdischen Genossen Schweizer und Koller marxistisch verfaßt wurde und dann unzählige Untaten vollbrachte, arischen Kaufleuten abgenommen wurden? Warum hat der „Sozialdemokrat“ bei seiner Gründung im Jahre 1921 nicht auf die von einem gewissen Friedrich Schiller in seinem Blatt „Die Räuber“ über den genannten Karl Moor verbreiteten Nachrichten geantwortet?

Die humorlosesten Menschen müssen zum Lachen gereizt werden, wenn sie beobachten, wie der „Tag“ sich krankhaft bemüht, das Interesse der Arbeiter von den Wahlschulden der Gelder abzulenken. Zum bröhlenden Gelächter aber muß sich die Festschheit des Lesers steigern, wenn er, nachdem er sich in die Stimmung eines Redakteurs der Schuldrechtspreße hineingefühlt hat, folgenden Satz liest:

„Auch die sozialdemokratischen Arbeiter haben ohne Zweifel den Wunsch, zu wissen, ob und an wen sie verkauft sind.“

Die sozialdemokratischen Arbeiter haben ihren Parteipparat und zahlen ihre Wahlgebe selbst. Sie haben nur den einen Wunsch, daß alle Arbeiter, die noch einer Partei angehören, in der es als selbstverständlich zu gelten scheint, daß man auch gekauft ist, recht bald die groteske Selbstanklage begreifen, die in dem kleinen Wörtchen „Auch“ steckt, daß dem gelben Kuli so in der Angst aus der Feder gerührt ist!

Wie man um die allgemeine Sonntagsruhe herumkommen will, zeigte die in Leeds a. e. haltene Versammlung des Verbandes der Kaufleute. Obwohl sich 36 Voten für und nur 16 gegen die Einführung der allgemeinen Sonntagsruhe aussprachen, lehnte es dennoch der Landesverband ab, sich für die Einführung der Sonntagsruhe auszusprechen, da die bezirksweise Einführung der allgemeinen Sonntagsruhe nicht zweckmäßig sei. Darum aber die Kaufleute und ihre Angehörigen in Teplitz, Karlsbad, Aussig, Brünn usw. keine Sonntagsruhe haben sollen, nur weil ein Prämer in Ordnung unbedingtes am Sonntag sein Mädchen niederhalten will, ist unverständlich.

Eine schon lange vernichtete Meldung. Die Direktion der Staatsbahnen in Königsgrätz teilt mit: Am 5. d. M. entgleiste beim 13. Kilometer der Strecke Jungbunzlitz-Geistig-Bukowina der Zug Nr. 4849 mit der Lokomotive und dem Dienstwagen und stürzte vom Dammbau. Der Fahrer ist der Lokomotivführer Leicht verletzt. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen ausrepariert. Die Strecke wird etwa 24 Stunden dauern. Die Ursache der Entgleisung ist ein Bruch des Schienenstranges.

Tödlicher Absturz vom Dache. Der Spenglermeister Japf aus Sandau stürzte Dienstag nachmittags bei Ausbesserungsarbeiten am Dache des Hauses „Hermannstadt“ in Marienbad ab und blieb tot am Platze liegen.

Die Gastwirte-Bundesbeschlüsse der Abstinenz. Diese widerwillige Beschlüsse spülte allen Ernstes auf der in Teplitz stattgefundenen Tagung des Landesverbandes der kaufmännischen Gremien und Handelsgenossen in den Köpfen der dort anwesenden Delegierten, denn als gegen den Antrag Dr. Hofmayer und Genossen auf Konfessionierung des Detailhandels von geistigen Getränken, entschieden wurde, genommene wurde, „gibt die Anwesenheit ihrer Vertretung darüber Ausdruck, daß die Gastwirteorganisationen, die ebenfalls eine Konfessionierung des betreffenden Handels wünschen, sich zum Vorspannen dieses Antrages aus dem sozialdemokratischen Lager machen.“ Was doch in der Hitze des Gefechtes für Dummheiten zum Besten gegeben werden!

Lohnunterschiede bei der Prager Straßenbahn. Die Angestellten der Prager elektrischen Straßenbahn haben Lohnforderungen erhoben, mit denen sich die letzte Sitzung des Verwaltungsrates und der Betriebsausschüsse zum erstenmale befaßte. Den Vertretern der Arbeiterseite wurde erklärt, daß die Forderungen nicht erfüllt werden können. Die Angestellten verlangen die Einführung einer Rationierung, und zwar zwei Prozent der Löhne, was jährlich im ganzen 2,5 Millionen Kronen bedeuten würde; überdies verlangen sie die Erhöhung der Arbeitszeit und die Erneuerung der Unterbeamten nach 15-jähriger Dienstzeit. Weiter verlangen sie eine höhere Teuerungszulage als für die übrigen städtischen Angestellten. Falls der Verwaltungsrat diese Forderungen nicht erfüllt, werden die Angestellten, wie die städtischen Blätter melden, den Vertrag über den Dienst in eingereichten Wagen zur Zeit starker Frequenz kündigen.

Ein umgestürzter Reliengewagen. Am Montag nachmittags fand in Brunn das Begräbnis der 25-jährigen Marie Seman statt. Die Wägel des Reliengewagens gerieten an einer Straßenkurve in das Gefilde der Elektrischen und der Wagen stürzte um. Der Sarg fiel aus dem Wagen, öffnete sich und der Leichnam wurde sichtbar. Erregung und Grauen bemächtigte sich der Trauergäste und des Publikums. Erst die Feuerwehr brachte den Wagen aus der Gefahr und brachte ihn, worauf der Trauergast seinen Weg fortsetzte.

100.000 K veruntreut. In der Wirtschaftsstellung der Direktion für den Bau von Wasserwegen hat der 24-jährige Verwalter Sablitzel für die Angestellten des Amtes die eingehenden Geldsummen unterschlagen. Bei einer Revision wurde festgestellt, daß Sablitzel vor der Jahre 1919 an 101.725 Kronen veruntreut hat. Er wurde dem Strafgericht eingeliefert.

Der Lehrer als Pfarrers Leibstreifer. Bekanntlich ist im Burgenlande noch immer die konfessionelle Schule eingeführt. Die Zustände dort illustrierte die Rede des sozialdemokratischen Landeshauptmann-Stellvertreters des Burgenlandes auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten. Er erzählte unter anderem, daß die burgenländischen Lehrer dem Pfarrer nicht nur die Glocken läuten, Hostien baden und den Schnee vom Pfarrhof wegschaufeln müssen; es gebe auch einen Lehrer, der den Pfarrer rasieren müsse. — Unsere Genossen, die solche Zustände abzuwenden wollen, werden vielfach auch von den sogenannten freisinnigen, nationalen Lehrern angegriffen. Diese werden wohl erst dann die Gefahr, die ihnen droht, glauben, wenn ein Bischof einmal von ihnen als Leibstreifer zum Bischof kommandiert wird.

Eine Habsburgerin schießt sich in Wien ein. Vor einigen Tagen ist, wie die „Arbeiter-Zeitung“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, die kaiserliche Erzherzogin Maria Theresia in Wien eingetroffen und hat im Palais Karl Ludwig, Favoritenstraße, Quartier genommen. Maria Theresia hat der Republik den Treue nicht geleistet, sie ist daher auf Grund des Habsburgergesetzes, des Landesvertrages. Sie hat es darum vorgezogen, sich in Wien einzuschließen, und zwar unter dem Namen ihrer Kammerfrau, polizeilich zu melden. Wie es, so bemerkt das genaueste Blatt zu seiner Meldung, in Österreich Respekt vor den Gesetzen, dann müßte die Kaiserin Theresia Habsburg unzerstörlich wegen Falschmeldung und Betruges festgenommen, zu Arreststrafe verurteilt

und hernach abgeschoben werden. Aber es ist anzunehmen, daß der Herr Bischof Franz, der sich dem Kaiserlichen Hofe, der sich nach Oesterreich eingeschlichen hat, die Mauer gemacht hat, die Frau Theresia Habsburg vor jeder Behelligung bewahren wird. Man ist doch Deutschnationaler, also will man sich den Habsburgern nicht verbeugen.

Getraute Ehefrauen. Eine eigenartige Kuppel brachte in Oera einen Lehrer und einen Arbeiter vor Gericht. Beide sind verheiratet und freundeten sich untereinander so an, daß sie nach einiger Zeit ihre Ehefrauen gegenseitig austauschten. Beide Ehemänner wurden zu acht Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt. Die Ehefrauen wurden freigesprochen, da sie unter der Vormundung ihrer Männer gehandelt haben.

Der Eisenerdmörder Graf Arco hielt dieser Tage im Turnsaal der Oberrealschule in Rosenheim (Bayern) vor den Schülern, den Zöglingen des Schülerheims und den Angehörigen von Jungbunzlitz einen Vortrag über den Wiederaufbau Deutschlands. Ein Oberstudiendirektor gab durch ein Schlußwort dem Vortrag noch die nötige Folie und der „Rosenheimer Anzeiger“ schreibt dazu in höchstem Entzücken von einer „unvergesslichen Stunde Bürgerkunde, von einem Mann baraboten, dessen Name historisch bleiben wird für alle Zeiten“. Der würdige Jugendzieher hat demnach die würdigsten Förderer gefunden. Wie die Jugend dabei wegstromt, scheint diesen nebenächlich zu sein.

Die Ueberschwemmungen in Westdeutschland. In Köln hat der Wasserstand 8,8 Meter erreicht. Die Steigung pro Stunde beträgt einen halben Zentimeter, während aus Koblenz ein Fall von einem Zentimeter stündlich gemeldet wird. Im Deutzer Industriegebiet stehen große Holzlager unter Wasser, desgleichen sind die Hafengebiete von Neuf, Andernach, Neuwied, St. Goarshausen stark überflutet. Die Fabriken von Bendorf sind teilweise stillgelegt. An der Mosel ist die Traubenlese eingestellt, da die Reben nicht in die Weinberge gelangen können. Bei Traben-Trarbach kann auch die Staatsbahn nicht mehr verkehren. In Cochem ertrank ein vierjähriger Junge.

Wau eines Riesenschiffes in England. Die Firma Widens hat, wie verlautet, einen Vertrag abgeschlossen für den Bau eines Luftschiffes von fünf Millionen Kubikfuß Inhalt, das ist mehr als zweimal so groß wie der „Z. R. III“. Die einzelnen Teile des Luftschiffes sollen in verschiedenen Fabriken fertiggestellt und dann in der Halle Howden (Yorkshire) zusammengesetzt werden.

Wieder ein blutiger Zusammenstoß an der russisch-polnischen Grenze. Die „Bolsche Zeitung“ meldet aus Warschau, daß an der russisch-polnischen Grenze bei Ostrol in der Mittwochnacht die zwischen den Grenzschutzbrigaden liegenden Lagerhäuser und Verkaufsstellen polnischer Exporteure in Brand gesteckt worden sind. Die Brandstifter sollen reguläre Sowjetsoldaten sein. Bei einem kurzen Feuergefecht, das sich zwischen den Tätern und den polnischen Grenzpolizisten entwickelte, seien zwei Polen und ein Brandstifter getötet worden.

Heghald gegen Arbeiter in Sizilien. Nach einem Verichte des „Giornale d'Italia“ wurde in Palermo die Arbeitskammer von der Polizei beseht. 138 Arbeiter wurden unter der Beschuldigung, Unruhen angezettelt zu haben, verhaftet.

Krzt und Räuberhauptmann. Der montenegrinische Krzt Dr. Eulasia Markowicz hatte vor kurzer Zeit seine ärztliche Laufbahn aufgegeben und wurde montenegrinischer Räuberhauptmann. Dr. Markowicz, der sich den Behörden freiwillig ergab, wurde verhaftet, da er im Verdachte steht, den Vorsitzenden des Gemeinderates von Piper ermordet zu haben, und wurde ins Gefängnis eingeliefert. Dort benahm er sich anfangs normal, zeigte jedoch bald Anzeichen, da man annahm, den man keine Bedeutung zumah, von Treue, er simuliere. Während eines Spazierganges entlockte er dem begleitenden Wächter und stürzte sich aus einem offenen Fenster des ersten Stockwerkes in den Gefängnishof, ohne schwerere Verletzungen davon zu tragen. Er erhob sich sofort und eilte durch das Tor auf die Straße. Auf seiner Flucht entledigte er sich der Kleider und rannte halbblind durch die Straßen von Cetinae. Nach mehrstündiger Treibjagd wurde er verhaftet, gefesselt und dem Gefängnis neuerlich übergeben. Dort begann er derart zu toben, daß sich die Krzte unweiskhaft von seinem Irrenstern übergeben überstellten.

Wetterübersicht vom 6. November. Mittwoch herrschte in der Westhälfte der Republik vorwiegend heiteres und trockenes Wetter. Die Nachmittagsstemperaturen überschritten sieben bis acht Grad Celsius. In den Randgebieten Böhmens herrschte den ganzen Tag hindurch Frost. In der bodennahen Luftschicht bildeten sich in den Morgenstunden dicke Nebel. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Andauern des bisherigen Witterungscharakters.

Ein Opfer seines Größenwahns.

Prag, 6. November. Der Besitzer der Werkstätte für Einführung von Dampfheizungen, Ing. Julius Felisek in Prag II., Meßbrunnstraße dieser Tage fest, daß der bei ihm beschäftigte 20jährige Beamte D. Mentberger zu den allwöchentlichen Lohnlisten seit 1000 bis 2000 K

dazuschreibe. Auf diese Weise veruntreute Mentberger im Laufe von zwei Jahren 120.000 K. Das Geld hat der junge Beamte mit seinen Kameraden durchgebracht, benamte er auch Kleider und Wäsche kaufte und Taschengeld gab. Außerdem kaufte Mentberger verschiedene Waren, um den halben Preis abließ, mit der Begründung, er erhalte bei einem Geschäftsmann hohen Rabatt. Auch Eintrittskarten für Theater, Kinno und Kabarett besorgte er und verteilte sie im Büro als Freikarten.

Bei der Untersuchung kam ferner zutage, daß Mentberger in einer Prager Mittelschule Zeugnisformulare entwendet hatte, die er mit dem Anstaltsstempel bei der Entwendung verschaffte. Diese leeren Formulare — auch Naturwissenschaften leeren sich darunter — schenkte er denjenigen unter seinen Freunden, die noch Studenten waren, damit diese sie selbst ausfüllen und bei schlechtem Schulbesuch zu Hause vorzeigen könnten. Zwei dieser Zeugnisformulare gab Mentberger auch dem 20jährigen Praktikanten Konstantin Wurm aus Prag-Lieben, der sich seinerseits wieder einem bekannten Mädchen schenkte. Dieser Wurm versuchte dann später von Mentberger durch die Drohung mit der 10.000 Kronen von Mentberger als Schweigegehalt zu erhalten. Wurm wollte den Mentberger auch überreden, in die Kasse seines Brotherrn einzubringen und die Kasse auszuplündern. Den Reiz über und die Mücke beizusteuern, erbot sich Wurm bereitwillig. Mentberger jedoch ließ sich zu dieser Tat nicht verleiten.

Wurm und Mentberger wurden verhaftet und dem Landesstrafgerichte eingeliefert. Gegen jene Personen, welche die Zeugnisformulare verworfen hatten, wurde die Strafaktion wegen Fälschung von amtlichen Dokumenten erstattet.

Humor.

Immer dasselbe. Herr Professor, Ihr Laboratorium ist mit Ihrem Assistenten in die Luft geflogen.“ — „Ach, diese jungen Leute. Immer müssen sie eigenmächtig handeln.“

Muttertsprache. Lehrer (bei der Behandlung des Gedichtes „Muttertsprache“): „Was ist Muttertsprache?“ — Schüler: „Wenn der Vater nichts zu sagen hat.“

Wahres Geschichtchen. In einem Taunusdorf kommt gegen Ende des Jahres ein Bursche zum Bürgermeister und Stadtverordneten, um sich aufhalten zu lassen. Der Dorfgewaltige aber erklärt: „In dem Jahr wird nicht mehr geheiratet. Das Buch ist voll.“

Ehrlich. Ein Londoner Geschäftskunde dem verehrlichen Publikum auf einem Schilde im Ladenfenster: „Gehen Sie nicht anderswohin, um betrogen zu werden. Kommen Sie zu uns!“

Gerichtssaal.

Stiefmutter und Stiefsohn.

In dem von uns bereits gestern wiedergegebenen kurzen Bericht über die Verhandlung wegen des 24-jährigen Richard Schödl aus Goggenbrunn bei Marienbad wird uns aus dem Egerer Gerichtssaal ergänzend berichtet:

Aus der Anklage und dem eigenen Geständnis des Angeklagten geht hervor, daß er sich an seinem dreizehnjährigen Stiefsohn seit circa 18 Monaten wiederholt und regelmäßig vergangen hat, daß das geschlechtliche Mädchen von ihm geschwängert wurde und im Dezember der Niederkunft entgegensteht.

Der heute 32 Jahre alte Mann kam kurz nach Beendigung des Krieges nach Goggenbrunn, um in einem, von der Witwe eines verstorbenen Bäckermeisters fortgeführten Geschäft vorerst als Gehilfen zu arbeiten. Es dauerte nicht lange und das Verhältnis zwischen der um zehn Jahre älteren Meisterin und dem Gehilfen wurde inniger, es kam ein Kind und im Jahre 1922 heirateten die beiden. Die Witwe hat aber außer dem Geschäft noch fünf Kinder in die Ehe mitgebracht, unter ihnen einige Mädchen. Nach seinen Angaben hat der Geschlechtsverkehr mit der am 25. September 1910 geborenen Stiefsohn im Anfang Jänner 1924 begonnen. In regelmäßigen Zeitabständen von 14 Tagen hat er das Mädchen immer wieder mißbraucht; nach Beendigung der Nacharbeit begab er sich gewöhnlich zu dem mit den anderen Kindern auf dem Wohnplatz lebenden Mädchen, weckte es und vollzog dann mit ihm den sträflichen Verkehr. Einmal ist es sogar vorgekommen, daß auch die Mutter gleichzeitig am Boden schlief, die aber nicht bemerkte, daß sich ihr Mann in das Bett der Tochter legte. Die Schwangerschaft offenbar wurde und das Verbrechen zutage kommen mußte, hielt es der Angeklagte für das Beste, sich selbst anzugeben. Im Zuge der Untersuchung schrieb die um ein Jahr ältere Tochter aus Saag eine Einrede ab, in der er deutete, daß der Vater sie einmal überreden wollte. Da aber die Angehörige sich der Zeugenaussage entschlugen, mußte die Anklage bei der Geschworenenbank ausgebracht werden. Ein Jahr schwerer Kerker, unbedingt, wurde über den Angeklagten verhängt. Das als Zeuge einernommene Mädchen stand mit herabhängendem Haar vor dem Mädchen, dem ganz Benommen und Aussehen nach ein Kind — ein Kind aber, das in wenigen Wochen einem anderen Kinde das Leben schenken soll.

Von den 25 Schurkengerichtsverhandlungen, die in der heurigen Egerer Herbstperiode absolviert wurden, waren — 13 mit Notstands- und Schändungsverbrechen auszufüllen.

Aus der guten „guten“ Gesellschaft der schlesischen Landeshauptstadt.

Troppau, 6. November. Vor dem hiesigen Gerichtshof hat ein für mehrere Tage anberaumter Prozeß begonnen, der in Troppau: das größte Aufsehen erregt. Aus der Anklage: entnehmen wir:

Erpressung gegen einen Zeugen.

Der Kaufmann Alfred Fuchs in Troppau brachte am 14. Juli die Anzeige gegen Samuel Baumgarten, Jägerndorf, wegen Betruges ein, wofür dieser dadurch befangen haben soll, daß er in einem Privatstreitfalle eine falsche Aussage gemacht haben soll. Als nämlich die Geschäftsführer der Firma Fuchs und Bruder, Zeimer und Koller, aus der Firma austraten, klagten sie Alfred Fuchs auf Auszahlung der Gesellschaftsanteile. Bei der Verhandlung wurde der von beiden Parteien als Sachmann angegebene Baumgarten als Zeuge einvernommen. Er soll der Anzeige des Fuchs zufolge gestanden haben, daß ihm die Vermögensauskunftsgestrichelte bekannt gewesen sein sollen, obwar sie ihm vorher vorgelesen worden sind und behauptet haben, daß die von ihm zusammengestellte Bilanz den Firmabüchern entspreche, obwar er in die Bücher keine Einsicht genommen hatte. Diese Anzeige konnte aber auf Grund der darauf folgenden genauen Ausforschung nicht als begründet angesehen werden. Als Hauptgrund für die falsche Aussage Baumgarten galt für Fuchs der Umstand, daß Baumgarten vor mehr als 25 Jahren wegen eines Diebstahles vor dem Schwurgerichte in Reutitschein zu schwerem Kerker von zwei Jahren verurteilt wurde. Auf welche Weise Fuchs in Kenntnis dieser Tatsache gelangte, konnte nicht festgestellt werden, sicher ist aber, daß Fuchs zu jener Zeit, als Baumgarten in seinen Prozeß die Aussagen oblagte, mit allen Mitteln gegen Baumgarten gearbeitet hat, die besonders darauf abzielten, Baumgarten zu Witterung der Aufschneide, oder zur Abänderung zugunsten des Angeklagten Fuchs zu verleiten. Aus diesem Grunde zeigte Samuel Baumgarten Alfred Fuchs wegen Erpressung an. Der Beschuldigte Fuchs war wiederholt bei Baumgarten in Jägerndorf und sprach die Drohung aus, daß er ihn mit Worten vernichten könne. Am 28. Juli 1923 zog Fuchs das erwähnte Urteil des Kreisgerichtes Reutitschein hervor und rief: „Wollen Sie die Aussage abändern oder nicht? Sie sehen, daß ich die Macht habe, Sie zu vernichten.“

Gefälschte Fakturen.

In der Anklage heißt es dann weiter: Nach den Akten des Kreisgerichtes in Königsgrätz besteht Fuchs von der Firma Josef Wolf in Starkstode 10.000 Meter Kanafas und klagte dann diese Firma auf Schadenersatz von 67.175 K, da diese Lieferung nicht eingehalten wurde und er gezwungen war, anderwärts Ware anzukaufen, die ihn teurer zu stehen kam, weshalb ihm dieser Schaden erwachsen ist. Im Laufe des Prozeßes legte Fuchs fünf Fakturen der Firma Rybal und Stehlik vor, in welchen er den Kauf von Kanafas bei dieser Firma für einen höheren Preis nachweisen wollte. Dem Gefälschten Josef Wolf gelang es aber, nachzuweisen, daß die fünf vorgelegten Fakturen gefälscht sind. Fuchs bestellte sich nur ein kleines Quantum und überließ anlässlich eines Besuches bei der Firma um Ueberlassung einiger unausgefüllter Fakturenformulare, und gab an, daß er diese für Kleinnagelweide verwenden wollte. Fuchs widerrief daraufhin die Klage und verpfändete sich, der Gegenpartei die Prozeßkosten zu zahlen.

Im Frühjahr 1923 erschien der Beschuldigte Fuchs beim Automobilhändler Paul B. und ersuchte ihn, da er die Firma Fuchs' Bruder abzuändern beabsichtige, zu erklären, daß das Auto, welches er bei ihm gekauft, sein (des Bek.) Eigentum sei; er möge ihn dieses auch unter Eid bestätigen. Daß Fuchs eine eidesstattliche Erklärung verlangte, geht hervor, daß er von Bek. verlangte, vor Gericht eine falsche Zeugenaussage abzulegen. Der Gefälschte bestreitet zwar, eine falsche Zeugenaussage verlangt zu haben, ist aber durch die Zeugenaussage des Zeugen Paul Bek. der Schuld überführt.

Der Angeklagte, der nach seiner eigenen Angabe zweifacher Hausbesitzer ist, hat zu seiner Verteidigung zwei Advokaten bestellt. Großes Aufsehen hat während der Verhandlung, die inzwischen wegen Vorladung neuer Zeugen vertagt werden mußte, die Verlesung des Protokolls Baumgarten erregt, der inzwischen verstorben ist. In diesem Protokoll heißt es, daß der Angeklagte ihn beinahe zum Selbstmord getrieben hat.

Der Angeklagte ist die Antwort auf dieses Protokoll nicht schuldig geblieben. In einer Erklärung hat er die Person Baumgartens wie folgt gezeichnet: Samuel Baumgarten hat für eine gesellschaftlich hochgestellte und sachmännlich anerkannte Persönlichkeit; dies war nur ein Schein. Samuel Baumgarten wurde wegen wissenschaftlichen Aussagen vom Schwurgerichte in Reutitschein zu schweren Kerker von zwei Jahren verurteilt, welche er auch abgehört hat. Baumgarten hat mehrere Male Verbrechen begangen, und zwar: Einbruch in die Kasse der Firma Siegel in Wipf. Samuel Baumgarten hat die Firma Schindler in Antoniental, Bezirk Deutschbrod, bestohlen und bei derselben Firma Urkunden gefälscht. Bei der Firma Mandelst in Kolin hat er Diebstahl begangen und Diebstahl begangen. Diebstahl bei der Firma Schläger in Jägerndorf. Samuel Baumgarten hat ein Verbrechen wegen Verleitung zur falschen Zeugenaussage in der Angelegenheit Silberstein in Admerstadt begangen.

Aus dem Angeführten begreift man das ungeheure Aufsehen, das dieser Prozeß in Troppau erregt. Gehören doch die in den Prozeß Verwickelten zu den Spitzen der sogenannten guten Gesellschaft. Wir werden über die Weiterführung des Prozeßes noch berichten.

Volkswirtschaft.

Lohn und Streikbewegung in der Textilindustrie.

Königsberg.

Die Mitglieder der Union der Textilarbeiter der Ortsgruppe Königsberg sind mit 16. Oktober in den Streik getreten. Es handelt sich um den Betrieb Stroh und Roe in Siebenthal mit 1200 Arbeitern, welcher jede Teuerungszulage abgelehnt hatte.

Schönlinde.

In Schönlinde sind die Wirker und Stricker Montag den 13. Oktober wegen der ablehnenden Haltung der Unternehmer in der Lohnfrage in den Streik getreten. Es handelt sich um mehrere Betriebe mit 1900 Arbeitern, Mitgliedern der Union der Textilarbeiter bis auf zwei Kommunisten.

Graslich.

In Graslich ist die Textilarbeiterschaft wegen einer Lohnerhöhung am 15. Oktober in den Streik getreten. Alle Streikenden sind Mitglieder der Union der Textilarbeiter. Die Kommunisten beraten noch immer, an einen Kampf denken sie in keinem Gebiete.

Zuzug ist von diesen Orten streng fernzuhalten. Streikarbeit in anderen Fabriken darf nicht geleistet werden. Ueberflunden sind in allen gefährdeten Gebieten zu verweigern.

Die wirtschaftlichen Folgen des konservativen Wahlsieges in England.

Das europäische Festland kann von dem konservativen Sieg in England nichts Gutes erwarten. Wird auch die konservative Regierung keine reaktionäre Politik treiben, so wird sie dennoch den einschlägigen Weg zum politischen und wirtschaftlichen Frieden unterbrechen. Sie hat zwar dem Reparationsabkommen keine Hindernisse bereitet, ja dieses gebilligt, dem Garantiepakt des Völkerbundes und dem Abrüstungsabkommen bringt sie jedoch keine Liebe entgegen. Die historisch wichtige Tatsache der französisch-englischen Annäherung wird eine Unterbrechung erfahren. Auch sind es konservative Kreise, welche die wirtschaftliche Wiederherstellung Deutschlands und Russlands mit Hilfe des englischen Kapitals hintertreiben, aus Angst vor der Konkurrenz im Falle Deutschlands, aus Gründen der Politik und der Glaubigerpsychologie im Falle Russlands. Die große Auseinandersetzung der europäischen Schwerindustrie in der Frage des Lebensraums soll demnächst beginnen und wird voraussichtlich durch diese politische Einstellung beeinflusst. Baldwins Wirtschaftspolitik mündet in die Abkehr Englands von Europa aus. Bei den Wahlen hat er zwar die Propaganda für den Schutzoll nicht erneuert. Er will aber die nationalen Industrien (Schlüsselindustrien) schützen und den Dominions Vorzugsöle, die er ihnen seinerzeit bereits zugesprochen hat, gewähren. Die Vorzugsöle sind aber nur die Vorboten des Hochschuttsystems; ihre Ausdehnung ist ohne Schutzöle nicht denkbar. Baldwins Wirtschaftspolitik wird durch den Gedanken geleitet, daß nicht der europäische Kontinent, sondern die übrigen Erdteile die „natürlichen Märkte“ Englands bilden. Die Handelsstatistik zeigt einstweilen noch ein anderes Bild: ihr zufolge ist der Anteil Europas an dem Handelsverkehr mit England nicht geringer als der Englands mit seinen Dominions und Kolonien und viel größer als der der anderen Weltteile. Nichtsdestoweniger kann das Bild durch die konservative Wirtschaftspolitik verändert werden. Englands Abkehr von Europa kann sich außer in den Völkerbundsfragen und der Handelspolitik auch noch in bezug auf die Rohstoff- und Kreditversorgung auswirken. Der Zusammenbruch der liberalen Partei, mag er auch aus innerpolitischen Gründen für die Arbeiterpartei nützlich erscheinen, kann in Hinsicht auf die europäische Wirtschaftspolitik verhängnisvoll werden. Hat doch die liberale Gruppe um Asquith dem wirtschaftlichen Zusammenschluß Englands mit dem kontinentalen Europa das Wort geredet, dem jetzt die konservative Regierung Baldwins ein Ende bereiten will.

Die französische Sozialversicherung.

Der französische Senat soll sich demnächst mit dem Entwurf für die Sozialversicherung, der von der Kammer bereits angenommen wurde, beschäftigen. Man erwartet keine Annahme ohne wesentliche Änderungen. Das Gesetz wird ein modernes System der Sozialversicherung ins Leben rufen, das sich auf Krankheit, Invalidität und Altersversicherung erstreckt. Das Prinzip der Versicherungspflicht wird festgelegt. Die Leistungen der Versicherung sind auf allen Gebieten sehr beträchtlich, insbesondere muß das Ausmaß der Wochenhilfe hervorgehoben werden. Die bei Schwangerschaft gewährten verschiedenen Unterstützungen gehen über die Beschlüsse der Washingtoner Konferenz weit hinaus. Die Altersrente wird vom vollendeten 60. Jahr an gewährt, unter Umständen auch früher, und beträgt 300 bis 2000 Franken im Jahr, je nach der Lohnhöhe. Die Beiträge werden nach Grundfähren der Privatversicherung festgesetzt. In bezug auf die Krankenbehandlung besteht freie Arztwahl; die Krankenkassen schließen Kollektivverträge mit der Berufsorganisation der Ärzte ab, die auch die ihr ausbezahlten Pauschalbeiträge unter ihren Mitgliedern verteilt. Es sind Ansätze zu einer Kollektivhaftung der ärztlichen Organisation vorhanden. Organisatorisch ist nur die Invaliditätsversicherung einheitlich für das ganze Land.

während für Kranken- und Altersversicherung neben den Bezirksversicherungsanstalten, die ursprünglich die alleinigen Träger der Sozialversicherung hätten sein sollen, auch die Bruderkassen, Betriebs- und Berufsverbände in Frage kommen. Trotzdem ist auch bei diesen Arten der Versicherung für gemeinsame Zuteilungsorgane und Lokalstellen gesorgt, die die Vereinheitlichung der Ein- und Auszahlungen ermöglichen. Allerdings ist die Finanzspruchnahme dieser gemeinsamen Organe nicht verpflichtend. Für nähere Informationen über die französische Sozialversicherung verweisen wir auf eine Artikelserie in der „Sozialen Praxis“ (Nr. 39 und folgende) von Dr. Oswald Stein.

Die Arbeitslosenunterstützung im Oktober. Im Oktober 1924 wurden laut der Statistik des Ministeriums für soziale Fürsorge in der Tschechoslowakei 7850 Arbeitslose vom Staate unterstützt. Gegenüber dem Monat September (7041) ist die Zahl der Unterstützten etwas gestiegen. Außerdem wurden 16.930 Kurzarbeiter mit 7820 Familienangehörigen indirekt (durch die Unternehmungen) unterstützt. Auf die Arbeitslosigkeit selbst lassen natürlich die Zahlen über die Arbeitslosenunterstützungen keine Schlüsse zu, da der größte Teil der Arbeitslosen keine Unterstützung bezieht.

Die Wirtschaftsfragen der Slowakei im Ministerrat. Gestern erledigte der Ministerrat in seiner Sitzung eine Reihe laufender Angelegenheiten und setzte dann die Beratung über slowakische Angelegenheiten, die bereits auf der Tagesordnung der vorigen Sitzung standen, fort. Den Hauptgegenstand der Beratungen bilden derzeitige wirtschaftliche Angelegenheiten, namentlich Eisenbahn- und Tariffragen.

Internationaler Bergarbeiterkongress. In Brüssel wurde Mittwoch der Kongress des Internationalen Bergarbeiterverbandes eröffnet, bei welchem auch die tschechoslowakischen Bergarbeiter vertreten sind. Der Kongress wird sich mit der Wirkung des Dawesplanes auf die Bergbauindustrie befassen.

Ueber die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften nach dem Stande vom 31. Dezember 1923 veröffentlicht das Statistische Staatsamt Daten in der soeben erschienenen Nummer 93 seiner „Mitteilungen“. Im erwähnten Jahre gab es in der Republik 7927 Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (mit Ausschluß der Kreditgenossenschaften), und zwar am meisten landwirtschaftliche (3482); außerdem gab es 1626 gewerbliche Genossenschaften, 1407 Konsumgenossenschaften, 1331 Bau- und Wohnungsgenossenschaften, 81 andere Konsumgenossenschaften und gemeinnützige Genossenschaften. Zieht man die Geschäftsprache in Betracht, waren 73,70 Prozent der Genossenschaften tschechoslowakisch und 19,34 Prozent deutsch. Die erwähnte Nummer der „Mitteilungen“ behandelt außerdem ausführlicher die Entwicklung der Genossenschaften in der Slowakei und in Karpathoruhland. Im Jahre 1921 gab es in der Slowakei 1489 Genossenschaften, im Jahre 1922 1533, im Jahre 1923 1535; die analogen Daten für Karpathoruhland sind 128, 144 und 151.

Kleine Chronik.

Folgen des Tabaksmißbrauchs. Es ist etwas Seltsames um die Wirkungen des Rauchens. Da gibt es Menschen, die qualmen tagaus tagein, werden alt und grau dabei, ohne die geringsten Beschwerden. Andere wieder, die ihr Leben lang mäßig geraucht haben, weisen verhältnismäßig frühzeitig recht erhebliche Schäden an ihrem Kreislaufapparat auf: Mindererung der Herzkraft, Verstarbung der Adern (Arteriosklerose), Schwindelgefühle und Abnahme der Leistungsfähigkeit. Allerdings ist doch anzunehmen, daß bei diesen Menschen im allgemeinen schon eine erhebliche angeborene Disposition zu Adernverkalkung bestand, die nur durch den Tabakgebrauch, der für diese Kategorie schon dem Mißbrauch gleichzuachten ist, nicht sehr verstärkt wurde. Sehr gering sind die Folgeerscheinungen am Atmungsapparat, dagegen werden häufig Neuralgien beobachtet. Eine Gruppe für sich, bei der die Folgen des übermäßigen Rauchens ohne weiteres klar liegen, sind die Zigarettenraucher, besonders die Kettenraucher. Blasse Gesichtsfarbe, hochgradige Abmagerung, Schwindelgefühle bis zu Ohnmachtsanfällen, Schweißausbrüche sind die bekanntesten Folgeerscheinungen dieses Lasters, die nur durch absolut strenges Aussehen des Rauchens behoben werden können. Uebermäßiges Pfeifenrauchen führt gewöhnlich zu krankhaften Erscheinungen des Magens und des Blutgefäßsystems. Für den jugendlichen, wachsenden Körper ist das Nikotin auch in kleinen Dosen auf alle Fälle von übler Wirkung.

Kunst und Wissen.

Die Nachfolgerschaft Richard Strauss an der Wiener Staatsoper. Das österreichische Kultusministerium ist an den Dresdner Generalmusikdirektor Friedrich Busch herantreten und verhandelt mit ihm wegen der Uebernahme des Postens des Wiener Generaldirektors, den Richard Strauss vor einigen Tagen niedergelegt hat. Ein positives Ergebnis haben die Verhandlungen noch nicht gebracht.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Freitag „Walfüre“; Samstag „Gräfin Mariza“; Sonntag nachmittags Arbeiter-Vorstellung „Glaube und Heim“, abends „Figaros Hochzeit“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag Gastspiel Claire Wallentin „Werwolf“; Sonntag „Die beiden Herren der gnädigen Frau“.

Der Film.

Neue Filme: United Artists führen zwei amerikanische Filme vor, die saubere Arbeit, Temperament der Darsteller und Frische in der Komposition zeigen. „Das schwarze Geschlecht“ ist ein Lustspiel, das im Aufbau an die guten deutschen Filmkomödien erinnert, die man seinerzeit mit Lotte Neumann und Hanni Weisse sah. Mit den amerikanischen Filmen hat die nette Komödie wenig gemein. Nur der Star, die hübsche Madge Bellamy, ist ein richtiges American girl, obzwar sie in einzelnen Zügen auch an Otti Oswald mahnend. Ihr Werben um den geliebten Mann ist mit sehr gelungenen komischen Szenen verquillt und fällt tatsächlich sechs Akte voll aus, ohne Langweile zu erregen. Der seit Jackie Coogans ersten Erfolgen unvermeidliche Hund ist als übrigens recht guter Partner der entzückenden Madge Bellamy beigegeben. — Auch das „Geheimnis des Kapitän“ ist bis auf den Titel ein wohlgelungener Film. Man weiß nicht recht, worin das Geheimnis besteht, aber man folgt mit Spannung den Schicksalen eines jungen Seemanns und seiner Gattin. Sehr gut ist die Darstellerin der zweiten Frauenrolle, die ein schönes und naives Naturkind natürlich gibt. Der Film ist keine Standardleistung, verdient aber Lob und Interesse.

Aus der Partei.

An alle Organisationen und Parteipolportreure!

Der Verband des Arbeiterjähres 1925 hat bereits begonnen. Es sind aber aus einzelnen Gebieten noch Bestellungen ausständig. Angesichts der Gefahr, daß die Arbeiter auch dieses Jahr wieder mit bürgerlichem Kalenderhund überschwemmt werden, ist es notwendig, daß alle Organisationen, beziehungsweise die Parteipolportreure die benötigte Anzahl von Arbeiterjähresbüchern sofort bei der Zentralstelle für das Bildungswesen, Prag II., Hablicsko nam. 32, bestellen.

Zentralstelle für das Bildungswesen. Parteisekretariat Prag.

Bezirkskonferenz Jägerndorf. An der vor einigen Tagen stattgefundenen Bezirkskonferenz beteiligten sich 26 Vertreter von 14 Lokalorganisationen, Abg. Genosse Jockl für die Kreisvertretung, elf Genossen von der Bezirksleitung, neun Genossen vertreten die Jugendlichen, Turner, Radfahrer, Sängerkreis, Genossenschaft, Freizeiter und die Gemeindefraktion. Aus dem Bericht des Sekretärs Genossen Trach ist zu entnehmen, daß der Tiefstand der Organisation überwunden ist und sich bereits wie-

Wo verkehren wir?

Café Continental, 1008 Prag-Graben
Goldenes Kreuzel, 1018 Prag-Relaxanta.

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Täglich PRAG II., Hyberná 1.
Konzert Nr. 7.

Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.
Unser Stammlokal.

RESTAURANT VESELKA
PRAG II., RÚŽOVA 5. 3041
Menü à Kč 8.50 Erstkl. Küche, solide Bedienung.

der eine Aufsichtsbewegung bemerkbar macht. Wiederrichtet wurden im Berichtsjahre neun Lokalorganisationen mit zusammen 176 Mitgliedern. Mitgliederversammlungen fanden 227 und öffentliche Versammlungen 51 statt. Vom Sekretariat wurden 85 Mitgliederversammlungen, 51 öffentliche Versammlungen, elf Konferenzen, 66 Sitzungen und 13 Plenarversammlungen besichtigt. Die Bezirksleitung erledigte ihre Geschäfte in acht Sitzungen. Frauensektionen bestehen in sieben Orten. Bei der Werbestaktion wurden 307 Männer und 77 Frauen für die Organisation gewonnen; ebenso auch 65 Abnehmer der „Volkspresse“. In den Arbeiter-Kultur- und Sportorganisationen sind rund 1500 Mitglieder vereinigt. Bei den Gemeindevahlen waren Verluste zu verzeichnen. Niedergetrampelt, wie die Bürgerlichen siegestrunken verkündeten, wurden aber die Sozialdemokraten nicht, denn sie erhielten 31 Prozent der abgegebenen Stimmen mit fast ebensoviel Prozenten der zur Besetzung gelangten Mandate. Nach einer lebhaften Debatte erstattete über „Bildungsarbeit“ Abg. Genosse Jockl ein vorzügliches, alle Zweige der proletarischen Bildungs- und Erziehungsarbeit betreffendes Referat. Bei den hierauf vorgenommenen Neuwahlen wird Genosse Trenka wiederum einstimmig zum Bezirksvertrauensmann gewählt.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Prag II., Jägerndorf nam. 4. 7. November, Freitag: Vereinsabend mit Vortrag, Café Nizza. — 8. November, Samstag: Besuch der Lorettokirche. Zusammenkunft 14 Uhr vor der Kirche (Grodshin). Führung: Dr. Klein. — 9. November, Sonntag: Liboch-Widim. Zusammenkunft 6 Uhr Masaryk-bahnhof, Abfahrt 6.20 Uhr. Führer: Strnad. — Ski-Fahrer. Unser Verein genießt nun dieselben Ermäßigungen wie der Wintersportverband. Wir gründen eine Wintersport-Sektion der Ortsgruppe. Näheres im Vereinsabend. 3043

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Montag, den 10. November um 8 Uhr abends im Karolinum Vortrag des Genossen Dr. A. Wiener über „Staatstheorien des Marxismus“. Anschließend findet die diesjährige ordentliche Vollversammlung statt. Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Festsetzung des Mitgliedsbeitrages. 3. Neuwahlen. 4. Aktionsprogramm. 5. Freie Anträge.

Herausgeber Dr. Ludwig Csech.
Berantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riehnec.
Druck: Deutsche Zeitungs-K.G., Prag
Für den Druck verantwortlich: O. Solik.

KINO-PROGRAMM
Vom 7. Nov. bis 13. Nov.

LIDO BIO 2301
Die schönste Frau der Welt
fantastisches und glänzend ausgestattetes Filmdrama in 8 Tellen. In der Hauptrolle: Lee Parry.

BIO LUCERNA To: 1940, 4437.
Prolongiert
widerrufflich bis Sonntag, 9. d. M.
Nibelungen.
Der tägliche Ausverkauf der Vorstellungen, sowie der anhaltende enorme Andrang des Publikums, dem jedoch keine Karte mehr überlassen werden konnte, hat die Direktion der Lucerna dazu bewegt die Vorführung des Nibelungen-Filmes zu prolongieren, allerdings nur bis Sonntag, den 9. November 1924.

BIO ORIENT Hyberná ul. Hotel „Central“ 2921
Quartiere J. Lowen: „Glocken Intermozzo“. Dirigent Erno Kostal.
Gaucon-Woche Nr. 44.
Fredie und Bob. Die beiden Junggesellen. Zweiaktiges Lustspiel. Premiere des besten Lustspiels der Saison.
Kondukteur Nr. 1492. Sensat. Tragikom in 7 Akten. In der Titelrolle der bekannte amer. Komiker Johnny Hines. Für Jugendl. geeignet.

Wran Urania-Kino 2776
Einziges deutsches Kino Prag.
Der Untergang Trojas.
Imposanter Großfilm. Welt-Produktion.

Douglas Fairbanks
Der Dieb v. Bagdad
Bio Hřezda Bio Koruna Bio Sanssouci 3042

Genossen! Ihr müßt un-
ausgesetzt für die Verbreitung unserer Zeitung agitieren. Setzt euch überall für unsere Parteipresse ein. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse. Darum, Genossen u. Genossinnen, **agitiert**